

OSTEUROPA

Impulse für die Bildungsarbeit

DANIEL KRAFT • BARBARA OERTEL
UWE RADA • ANASTASIA TIKHOMIROVA



BAUSTEIN 13



Daniel Kraft, geb. 1973, ist Leiter der Stabsstelle Kommunikation der Bundeszentrale für politische Bildung in Bonn. Zuvor war er für die Brücke/Most-Stiftung zur Förderung der deutsch-tschechischen Verständigung tätig.

Barbara Oertel, geb. 1964, ist Osteuropa-Redakteurin und eine von zwei Leiter*innen der taz-Auslandsredaktion. Sie bildet auch junge Journalist*innen aus Osteuropa in Workshops der taz Panter Stiftung weiter.

Uwe Rada, geb. 1963, ist Redakteur der taz und hat zahlreiche Bücher über Polen und Mittel- und Osteuropa veröffentlicht. Rada ist Mitglied der Jury für den Deutsch-Polnischen Tadeusz-Mazowiecki-Journalistenpreis.

Anastasia Tikhomirova, geb. 1999 und aufgewachsen zwischen den Gegensätzen Allgäu und Moskau, ist Journalistin, Kulturwissenschaftlerin und Moderatorin. Sie schreibt für Zeit Online, taz, Jungle World u.a.

Impressum

© Aktion Courage e.V., Berlin

Erste Auflage, Januar 2023

ISBN 978-3-933247-82-7

Herausgegeben durch die Bundeskoordination
Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage,
in der Trägerschaft des Aktion Courage e.V.

Jede Verwertung ist ohne Zustimmung von Aktion Courage e.V. unzulässig. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Mikroverfilmungen, Übersetzungen und die Einspeicherung in elektronische Systeme.

OSTEUROPA – IMPULSE FÜR DIE BILDUNGSARBEIT

1. Osteuropa – ein Thema für die politische Bildung 5
Von Sanem Kleff und Eberhard Seidel
2. Antislawischer Rassismus in Deutschland 9
Von Anastasia Tikhomirova
3. Auf in den Osten! 17
Von Daniel Kraft
4. Über das deutsch-polnische Verhältnis 33
Von Uwe Rada
5. Zivilgesellschaft unter Druck 49
Von Barbara Oertel

*Gendersensibel – aber wie? Wir überlassen es den Schreibenden, ob sie in ihren Artikeln von Lehrerinnen und Lehrern, Lehrer_innen, Lehrer*innen, LehrerInnen oder von Lehrer:innen sprechen. So viel Freiheit und Vielfalt muss sein.*

HINWEIS: Die Seitennummerierung dieser PDF entspricht der Seitennummerierung der Druckausgabe und folgt dabei nicht den Seiten der Datei.

1.

Osteuropa

Ein Thema für die politische Bildung

Der 24. Februar 2022 hat Europa verändert. Mit dem Überfall der russischen Armee auf die Ukraine rückte Osteuropa von einem Tag auf den anderen in den Fokus unserer Aufmerksamkeit. Und spätestens mit der Ankunft von mehr als einer Million Geflüchteter in Deutschland ist klar: Der Krieg betrifft uns alle, seine Folgen machen nicht an Ländergrenzen halt.

Niemand hatte vor dem 24. Februar ein Programm für den emotionalen und professionellen Umgang mit derartigen Konfliktlagen in der Schublade. Nach dem Ende der postjugoslawischen Kriege in den 1990er-Jahren schien Europa vielen als befriedeter Kontinent, in dem Krieg als Fortsetzung der Diplomatie mit anderen Mitteln nicht denkbar war. Heute wissen wir: Das war eine Illusion.

Der osteuropäische Raum rückt auch deshalb stärker in den Fokus, weil die Nachbarländer der Ukraine – Polen, Lettland, Litauen, Estland und Tschechien – ihre Angst vor einer weiteren Aggression Putins, jenseits der Ukraine, deutlich formulieren. Dies erfordert, sich mit der Geschichte dieser Länder und ihrem Verhältnis zu Russland näher zu beschäftigen.

Dieser Herausforderung stehen die Schulen und die politische Bildung in Deutschland recht unvorbereitet gegenüber.

Viele Aktive im *Courage-Netzwerk* haben inzwischen – nicht zuletzt durch Zuwanderung aus dem Süden Europas und dem Nahen Osten – eine hohe Kompetenz im Umgang mit Diversität und Heterogenität. Auch wissen sie immer mehr über die entsprechenden Herkunftsländer. Das Wissen um die historischen, kulturellen, politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Osteuropa ist trotz der Zuwanderung von Aussiedler*innen vor allem aus Russland häufig eher bescheiden.

Der Baustein möchte einen Beitrag dazu leisten, ein Problembewusstsein zu entwickeln und Diskussionspfade anlegen, an denen entlang sich Pädagog*innen weiterqualifizieren können.

Wir sind glücklich, für diese Publikation vier kompetente Autor*innen gewonnen zu haben, die uns aus unterschiedlichen Perspektiven verschiedene Facetten Osteuropas nahebringen.

Den Auftakt macht Anastasia Tikhomirova mit einem Text zu Gegenwart und Geschichte des antislawischen Rassismus in Deutschland. Dieser wütete historisch besonders blutig auf dem Gebiet der Sowjetunion; zwischen 1941 und 1945 forderte er Millionen Todesopfer. Der antislawische Rassismus lebt bis heute fort und betrifft Pol*innen ebenso wie Ukrainer*innen und Russ*innen – häufig in einer sexistischen Form.

Daniel Kraft analysiert, wie die Expertise bezüglich Osteuropa in Deutschland in den zurückliegenden Jahrzehnten nach und nach verloren ging. Er erzählt eine Geschichte des Wegschauens, Abwendens und Ignorierens, das auch vor Nichtregierungsorganisationen (NGO) und der politischen Bildung nicht Halt machte. Der Text ist ein leidenschaftliches Plädoyer, diese Ignoranz zu beenden. Der Autor, der die Stabstelle Kommunikation der Bundeszentrale für poli-

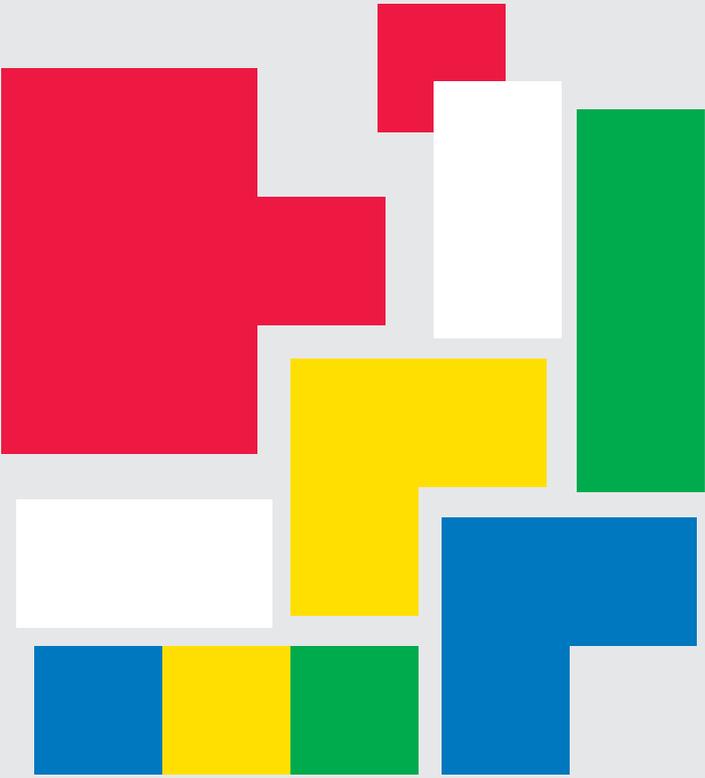
tische Bildung leitet, gibt eine Reihe praktischer Tipps, wie eine stärkere Thematisierung im Schulalltag gelingen kann.

Barbara Oertel widmet sich Nichtregierungsorganisationen, die sich in Belarus, der Ukraine und Russland für Menschenrechte, Demokratiebildung und Meinungsfreiheit einsetzen. Unter welchen Bedingungen arbeiten sie? Wie hat sich ihre Arbeit in den zurückliegenden 30 Jahren verändert? Wie nehmen die Menschen den westlichen Blick auf ihre Länder und ihre systemkritische Arbeit wahr? Die Journalistin der tageszeitung (taz) schöpft dabei aus ihren langjährigen Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit jungen, kritischen Journalist*innen aus den genannten Ländern, organisiert durch die taz Panter Stiftung.

Uwe Rada beschäftigt sich mit der Frage, wie antipolnische Traditionen und antislawischer Rassismus mit dazu beigetragen haben, Osteuropa im Allgemeinen und Polen im Besonderen aus dem Blick zu verlieren. Welche Defizite und Missverständnisse sind im antirassistischen Milieu der Bundesrepublik bezüglich der Entwicklung im postkommunistischen Osteuropa, insbesondere Polen, angelegt? Wo gibt es Ungleichzeitigkeiten? Er begründet damit auch seine Haltung zum aktuellen Kriegsgeschehen.

Der Krieg verängstigt und verunsichert nicht nur Schüler*innen. Wir alle müssen eine Flut von Bildern und Informationen verarbeiten, einordnen und lernen zu erkennen: Was sind Fake News, was geschönte oder dramatisierte Bilder? Um die mediale Berichterstattung zu hinterfragen, ist kritische Kompetenz gefragt. Denn: Kriegszeiten sind Hochzeiten der Propaganda, der tendenziösen Berichterstattung und der emotionalen Überwältigung.

Die Auseinandersetzung mit Osteuropa sollte nicht nur in Krisenzeiten ein Thema für die Schule sein, in diesen aber ganz besonders.



2.

Antislawischer Rassismus in Deutschland

Als meine Familie aus meiner Geburtsstadt mit großer russischsprachiger Gemeinde in ein bayerisches Dorf zog, wurden wir als „Russenmafiafamilie“ und ich an meiner neuen Schule als billige und leicht zu habende „Russenschlampe“ bezeichnet. Machte ich mich zurecht, zog aus der dörflichen Masse herausstechende Kleidung an oder schminkte mich, wurde ich als russische Barbie abgetan. „Russentusse“ nannten mich manche Mitschüler.

Als ich neben der Schule als Kellnerin jobbte, biederten sich männliche Kollegen in einer ekelhaft anzüglichen Weise an und machten sexualisierte Bemerkungen über mein Aussehen, die fast immer mit meiner Herkunft verbunden waren. Einer sagte, er fände russische Frauen am geilsten, weil sie große Brüste und einladende Lippen hätten, und warf mir anzügliche Blicke zu. Ich war 16, er doppelt so alt. Am Wochenende belästigte er mich in der Dorfdisko. Ein anderer verfolgte mich bis ins Getränkelager, um mir zu eröffnen, dass er schon immer Mal ein Date mit einer Russin haben wollte. Meine Chefin nannte mich „russische Schlampe“, als ihr etwas an meiner Arbeit missfiel. Ich kündigte, ohne Gründe dafür zu nennen. Damals schämte ich mich noch, solche Geschichten öffentlich zu machen.

Obwohl ich blond bin und weiße Haut habe, wurde ich immer wieder von der Mehrheitsgesellschaft als „fremd“ ausgemacht und ausgeschlossen; wegen meines Namens, eines russischen Akzents, der längst nur noch herbeifantasiert ist; sogar wegen meiner „slawischen Gesichtsform“. Ich wurde sexualisiert und mir die Intelligenz aberkannt. Bis heute wollen manche Männer, dass ich beim Sex Russisch mit ihnen spreche, oder begrüßen mich auf Partys mit „Privet, Suka, Blyat“ – in etwa „Hallo, Schlampe, Hure“. Was soll man einer russischen Frau zur Begrüßung auch sonst entgegenschleudern als zwei sexistische Beleidigungen?

Weißer Menschen können keinen Rassismus erfahren, heißt es. Das verkennt die Realität von Osteuropäer:innen und/oder Slaw:innen. Sie erfahren Rassismus, nicht weil, sondern obwohl sie weiß sind. Für diese Form des Rassismus gibt es den Namen „antislawischer“, oder „antiosteuropäischer Rassismus“ – denn nicht alle Osteuropäer:innen sind Slaw:innen, auch wenn oft alle unter „Ostblock“ subsumiert werden.

Antislawismus gibt es schon sehr lange. Im 19. Jahrhundert galt Osteuropa als „Europa, aber nicht Europa“,¹ als eine Art Zwischenwelt zwischen Orient und Okzident. Der „Osten“ wurde als barbarisch und rückständig betrachtet – und Slaw:innen als eigene Rasse konstruiert, deren „Weißsein“ zwar nicht infrage stand, die aber dennoch in zahlreichen Texten als minderwertig imaginiert wurden. In der Frankfurter Paulskirche, wo 1849 die erste demokratische deut-

¹ Larry Wolff, zit. nach Hans-Christian Petersen, Jannis Panagiotidis: Rassismus gegen Weiße? Für eine Osterweiterung der deutschen Rassismusdebatte. Geschichte der Gegenwart. Abgerufen am 21.10.2022: geschichtedergewenart.ch/rassismus-gegen-weise-fuer-eine-osterweiterung-der-deutschen-rassismusdebatte/

sche Verfassung verabschiedet wurde, war von einer „Germanisierung der östlichen Gebiete“ und einer „Ausdehnung des Deutschen Ostens bis zum Schwarzen Meer“ die Rede. Als Begründung diente eine „zivilisatorische Mission“.²

Etwa zeitgleich reproduzierte Gustav Freytag in seinem Erfolgsroman „Soll und Haben“ rassistische Bilder von chaotischen und zu effektivem, ökonomischen Handeln unfähigen Pol:innen: „Es gibt keine Rasse, die so wenig das Zeug hat vorwärts zu kommen und sich durch Kapitalien Menschlichkeit und Bildung zu erwerben, als die slawische.“³ Friedrich Engels bezeichnete das Slawentum als „Völkerabfall“.⁴

Russland wurde in dem Diskurs sowohl als kulturell und zivilisatorisch rückständig wie auch als bedrohlicher Koloss und Führungsmacht der slawischen Welt wahrgenommen. Der letzte deutsche Kaiser Wilhelm II. erwartete bereits 1912 den Krieg zwischen der germanischen Führungsmacht Deutschland und Russland als „Rassekampf der Germanen gegen die übermütig gewordenen Slawen“.⁵

In der Zeit des Nationalsozialismus radikalisierte sich der antislawische Rassismus in zuvor ungeahnte Dimensionen. Der Überfall auf Polen war unter anderem kolonialrassistisch begründet. Der durch die Operation Barbarossa eingeleitete Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion hatte ab dem 22. Juni 1941 den kolonialistischen Generalplan Ost zum Ziel. Neben der Vernichtung der Juden:jüdinnen sollte

² Ebd.

³ Vgl. Martin Broszat: Zweihundert Jahre deutsche Polenpolitik, Frankfurt am Main 1972, S. 87ff.

⁴ Eduard Mühle: Die Slawen im Mittelalter zwischen Idee und Wirklichkeit, Köln 2020, S. 27.

⁵ Fritz Fischer: Krieg der Illusionen, Düsseldorf 1969, S. 270.

„Lebensraum“ erobert und „slawische Untermenschen“ vertrieben, versklavt oder ermordet werden. Außerdem kursierten antisemitische Feindbilder von „Jüdischen Bolschewisten“ und „Ostjuden“ sowie antiziganistische Ressentiments gegen Sinti und Roma aus dem östlichen Europa.⁶

Für Adolf Hitler waren Slaw:innen nicht zu einem eigenen Leben bestimmt. „Die Slawen sollen für uns arbeiten. Soweit wir sie nicht brauchen, mögen sie sterben“, erklärte er 1941 gegenüber seinem Reichsminister Martin Bormann, und: „Die slawische Fruchtbarkeit ist unerwünscht. Sie mögen Präservative benutzen oder abtreiben, je mehr, desto besser. Bildung ist gefährlich. Es genügt, wenn sie bis 100 zählen können. Höchstens die Bildung, die uns brauchbare Handlanger schafft, ist zulässig. Jeder Gebildete ist ein künftiger Feind.“⁷

Der Backe-Plan, benannt nach dem Staatssekretär im Reichslandwirtschaftsministerium, sah vor, in den besetzten Gebieten produzierte Lebensmittel an die Wehrmachtstruppen und ins Deutsche Reich zu liefern. Millionen Hungertote wurden bewusst einkalkuliert. Etwa sieben Millionen Sowjetbürger:innen starben an Unterernährung. Bei der Blockade Leningrads sollten „überflüssige Esser“ für die deutsche Besiedlung Platz zu machen – über eine Million Menschen starben zwischen September 1941 und Januar 1944. Neben den Einwohner:innen abgeriegelter Großstädte wurden vor allem Menschen, die aufgrund ihrer „rassischen Wertigkeit“ oder kriegswirtschaftlicher Nützlichkeitsbewertungen am unteren Ende der Ernährungshierarchie standen,

⁶ Vgl. Petersen, Panagiotidis.

⁷ Zit. nach Jürgen Zimmerer: Expansion und Herrschaft: Geschichte des europäischen und deutschen Kolonialismus, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2012.

Opfer der Hungerplanungen: sowjetische Kriegsgefangene, Juden, Behinderte und Psychatriepatient:innen.

Rund drei Millionen Ostarbeiter:innen wurden ins Deutsche Reich deportiert; viele mussten unter unmenschlichen Bedingungen Zwangsarbeit verrichten. Von fünf Millionen sowjetischer Soldat:innen in deutscher Kriegsgefangenschaft starben 3,3 Millionen an Krankheiten, unmenschlichen Lebensbedingungen oder wurden ermordet. Unter anderen Nationalitäten lag die Todesrate im einstelligen Prozentbereich. Insgesamt starben 27 Millionen sowjetische Bürger:innen während des Zweiten Weltkriegs, mehr als die Hälfte Zivilist:innen.

Nach 1945 wurde der antislawische Rassismus so gut wie nicht aufgearbeitet. Noch heute sehen sich Menschen mit Migrationsgeschichte aus der ehemaligen Sowjetunion und anderen osteuropäischen Ländern mit Vorurteilen und Diskriminierungen konfrontiert. Die Bandbreite reicht von Witzen über „slawische Sugar Babes und Prostituierte“ und „klaufende Polen“ bis zu manifester Ausbeutung und Benachteiligung: als billige Arbeitskräfte auf dem Spargel- oder Erdbeerfeld, in der 24-Stunden-Pflege, im Altenheim, auf dem Bau oder in der Prostitution, bei der Wohnungs- oder Jobsuche.

Auch rassistische Gewalt richtet sich gegen Slaw:innen und Osteuropäerinnen: Wiktor Filimonov, Waldemar Ickert, Aleksander Schleicher, Kajrat Batesov, Andrzej Fratczak, Ireneusz Szyderski, Jan Wnenczak, Piotr Kania, Boris Morawek, Arthur Lampel, Oleg Valger, Konstantin M., Hamza Kurtović und Kaloyan Velkov – sie alle wurden seit 1990 Opfer rechtsextremer Morde mit rassistischem Motiv, die Aufzählung hat keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Bei einem rechtsextremen Sprengstoffanschlag auf einen von postsowjetischen, teils jüdischen Migrant:innen belegten

Sprachkurs in Düsseldorf im Jahr 2000 wurden zehn von ihnen verletzt, eine Frau verlor ihr ungeborenes Kind.

Seit dem russischen Krieg sind Ukrainer:innen eine besonders vulnerable Gruppe. Gewalt gegen sie wird zusätzlich durch russische Propaganda gefördert. Auch einige deutsche Politiker hetzen gegen ukrainische Geflüchtete und bezeichnen sie als „Sozialtouristen“.⁸ Es häufen sich rassistische Vorfälle. In Thüringen versuchten mutmaßlich Rechtsextreme im Oktober 2022 ein Geflüchtetenheim in Brand zu stecken. In Leipzig und Dresden wurden Ukrainer:innen angepöbeln, als Nazis beleidigt und ihnen gar mit dem Tode gedroht. In Wismar wurde ein Flüchtlingsheim angezündet. Auf mehreren pro-russischen und rechten Demonstrationen wurden ukrainische Gegendemonstrant:innen verbal attackiert und geschubst.

Frauen aus der Ukraine sind gleichsam doppelt verwundbar. Sie werden nicht nur fetischisiert. Sie erleiden auch als Geflüchtete sexuelle Belästigung, oder fallen sogar Menschenhändlern in die Hände. Vereinzelt gab es bestätigte Missbrauchsfälle. Hierbei zeigt sich deutlich die Verschränkung von antislawischem Rassismus und Sexismus.

So unterschiedlich die Sprachen und Kulturen der osteuropäischen Menschen, so ähnlich ist der Rassismus, der ihnen entgegenschlägt. Früher habe ich plumpe Stereotypisierungen und rassistische „Komplimente“ noch wegzulachen versucht – peinlich berührt und bemüht, nicht unhöflich zu sein, weil das auf meine gesamte Community zurückfallen könnte. Mittlerweile bleibt mir dieses Lachen

⁸ Frauke Böger: „Merz und der ‚Sozialtourismus‘“, auf: Spiegel Online 27.9.2022. Abgerufen am 21.10.2022: www.spiegel.de/kultur/friedrichmerz-und-der-sozialtourismus-was-ist-denn-jetzt-schon-wieder-meinung-a-dfaee716-3005-4ef8-91f6-c89b8b67bff

im Halse stecken. Ich habe keine Lust mehr, deutsche Egos zu streicheln. Ich weise Menschen, die mir mit rassistischen Klischees über Slaw:innen – in meinem Fall Russ:innen – begegnen, darauf hin, dass ihr Verhalten deplatziert und diskriminierend ist.

Das fällt mir leichter, seit ich einen Namen dafür habe, was mir und so vielen anderen Menschen widerfährt: Antislawismus. Dieser differenziert nicht zwischen Ukrainer:innen, Russ:innen und anderen slawischen Völkern, sondern homogenisiert sie zu einer einheitlichen Masse. Um als Gesellschaft Opfer unterstützen zu können, müssen wir diese Diskriminierungsform als das erkennen, was sie ist: Rassismus. Osteuropäer:innen sind keine privilegierten Models in Pelzmänteln oder Wodka trinkende Mafiabosse, sondern oft hart schuftende, prekarierte und herabgewürdigte Menschen, die in Deutschland um ihre Existenz kämpfen. Viele müssen aufgrund ihrer Herkunft, ihres sozialen Status oder auch ihres Geschlechts tagtäglich struktureller Benachteiligung und persönlichen Feindseligkeiten standhalten.

Während pauschalisierende Witze bei anderen Formen von Rassismus längst zu Recht verpönt sind, produzierte das Satireformat Browser Ballett 2022 gleich zwei vor Klischees über osteuropäische Menschen nur so strotzende Videos. Eins zeigt den Berliner Dieter Krawuttke, der deutschen Politiker:innen beibringen soll, wie man richtig mit Wladimir Putin redet: Im Adidas-Anzug und zu Hardbass-Musik Wodka trinkend, in primitiver Sprache. Anders würden das die Russen nicht verstehen.⁹ Das zweite Video thematisiert die vermeintliche Besserbehandlung

⁹ Browser Ballett: „Unser Mann gegen Putin“, 2022. Abgerufen am 21.10.2022: www.youtube.com/watch?v=zLcOeIrnBY8

ukrainischer – also weißer – Geflüchteter. Gezeigt wird eine Ukrainerin als privilegierte Schönheit im Pelzmantel, die ihre Flüchtlingsunterkunft jedes Mal verlassen kann, wenn sie keine Lust hat, dort zu bleiben.¹⁰ Was für ein Zynismus, angesichts des Leids, der Armut und der Hypersexualisierung dieser Frauen!

Migrant:innen und Menschen mit osteuropäischem Migrationshintergrund, die auf die rassistische Dimension dieser Witze und Klischees hinweisen, werden selten ernst genommen. Es gibt kaum Räume, in denen sie über ihre Diskriminierungserfahrungen sprechen können, ohne belächelt oder gar beschuldigt zu werden. Sogar in Antidiskriminierungsstellen finden sie kaum Gehör. Es braucht mehr Sensibilität, auch in Schulbüchern, mehr Forschung, mehr Meldestellen. Kurz gesagt: Es braucht eine gesellschaftliche Auseinandersetzung mit einem Rassismus, der die größte Migrant:innengruppe in Deutschland trifft.

¹⁰ Browser Ballett: „Gute Flüchtlinge, schlechte Flüchtlinge“, 2022. Abgerufen am 21.10.2022: www.youtube.com/watch?v=FD3LhdiTp9k

3.

Auf in den Osten!

Wir haben uns abgewandt

Juri Andruchowytsch steigt am 21. Februar 2022 in Iwano-Frankiwsk in den Schnellzug D8 von Czernowitz nach Lwiw auf der digitalen Studienreise der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) durch die Ukraine und kommt direkt zum Punkt: „Die mediale Aufmerksamkeit der Welt erlangt die Ukraine leider nur im Moment der größten Bedrohung, in den schwierigsten Momenten der Geschichte.“ Und dann? „Wenn die Situation vorbei ist, verschwindet sie“, so einer der wichtigsten zeitgenössische Schriftsteller der Ukraine. Lange hatte er das Gefühl, seine Appelle verhallen, die Welt habe nicht wahrgenommen, dass die „Russland-Krise“ nicht nur die Ukraine bedrohe.¹

Während er spricht, geht mir immer wieder ein Abend im Jahr 2006 durch den Kopf, eine Lesung im Arp-Museum in Rolandseck bei Bonn. Ein gutes Dutzend Besucher waren zur Veranstaltung der Bundeszentrale für politische Bildung gekommen, das Projekt hieß „Potyah 76“, benannt nach einem Zug, der einst Varna am Schwarzen Meer in Bulgarien mit Danzig an der Ostsee in Polen verband. Durch einen Raum, der so vielen Deutschen fremd und unbekannt erscheint, obwohl er doch wie kaum eine andere Region der Welt mit uns verbunden ist.

¹ Bundeszentrale für politische Bildung (bpb): Go East! III - Von Czernowitz nach Kiew (Livestream). Abgerufen am 5.11.2022: www.bpb.de/go-east-iii

Heute, Ende 2022, wissen wir, wie recht Juri Andruchowysch hatte mit seinen Beschreibungen, seinen Warnungen, seiner Angst. Täglich erreichen uns aus der Ukraine Bilder und Berichte des Schreckens. Isjum, Butscha und Mariupol wurden zum Inbegriff des Grauens. Es ist – wie der tschechische Außenminister Jan Lipavský jüngst schrieb „die schreckliche Bestätigung dessen, dass auch nach den Jahrzehnten der Vergangenheitsbewältigung in Europa Menschen auf diesem Kontinent, in diesem Falle Russen, nach wie vor bereit sind, unheimliche Gräueltaten zu begehen. Man ist erschrocken, auch wenn man es – hätte man denn genau hingeschaut – spätestens seit 2014 hätte wissen müssen.“²

Nicht nur in die Ukraine haben wir das genaue Hinschauen seit Jahren verlernt. Eine ehrliche Bilanz fällt bitter aus: Auf dem Auge der Mittel- und Osteuropabeschäftigung sind wir seit 1989 langsam aber sicher „erblindet“. Eine der zentralen Regionen für das Wohl und Wehe Deutschlands und der EU – seit der „Gaskrise“ dieser Tage wird das auch dem Letzten klar – wurde zum weißen Fleck.

Zurück zu dem Abend in Rolandseck, zu der Lesung aus Andruchowyschs „Moscoviada“³ über den Literaturstudenten Otto von F. aus der Westukraine, der in Moskau, dem „fauligen Herzen des halbtoten Imperiums“, lebt. Kassandraartig rief Andruchowysch uns schon damals entgegen, was los ist mit dem postsowjetischen Russland. Doch wir haben die Botschaft und ihren Botschafter exotisiert; haben

² Jan Lipavský: „Russische Kriegsverbrecher anklagen!“, in: FAZ, 29.9.2022. Abgerufen am 5.11.2022: www.faz.net/aktuell/politik/ausland/tschechiens-aussenminister-russlands-kriegsverbrechen-anklagen-18346158.html

³ Juri Andruchowysch: *Moscoviada*, Frankfurt am Main 2006.

sie ausgelagert in einen „fernen Osten“, haben vergessen, was das mit uns im „Westen“, mit Europa im Ganzen zu tun hat. Haben anschließend Rotwein getrunken und auf den Rhein geschaut.

Es war ein Abend, der deutlich machte, was der Literaturkritiker Volker Weidermann nach Kriegsbeginn im Frühjahr 2022 unter der Überschrift „Unsere Ohren waren verstopft“ so beschrieb: „Die osteuropäischen Schriftstellerinnen und Schriftsteller warnen uns seit Jahren vor Putin. Wir haben sie gelesen, gefeiert und ihre Warnungen in den Wind geschlagen, bis es zu spät war.“⁴ Wir haben all den Preisträgern des Leipziger Buchpreises zur europäischen Verständigung wohlwollend zugehört, sei es Masha Gessen (2019), sei es Karl Schlögel (2009), Jurij Andruchowytch (2006) oder Timothy Snyder (2012), zuletzt Karl-Markus Gauß (2022). Sie alle riefen uns laut und deutlich zu: Schaut auf das östliche Europa! Vergesst die Menschen dort nicht!

Doch wir haben nicht nur weg-, sondern auch falsch hingehört. Ganz oft. Nehmen wir als Beispiel eine für Ost wie West wichtige Jahreszahl. Wir sagen 1968 und denken an Paris und „Ho-Ho-Ho-Chi-Minh“. Meine Freunde in Prag und Bratislava denken an „Socialismus s lidskou tváří“ – den „Sozialismus mit menschlichen Antlitz“ des Prager Frühlings – und wie dieser von russischen Panzern überrollt wurde. „Bratříčku, zavírej vrátka“, sang Karel Kryl, „Brüderchen, verschließ das Tor“. Geschrieben in der Nacht des Einmarsches der Truppen des Warschauer Paktes wurde das Lied zur Hymne des Widerstandes. Wen wundert es, dass es nach dem russischen Angriff auf die Ukraine sofort

⁴ Volker Weidermann: „Osteuropäische Literatur - Unsere Ohren waren verstopft“, in: Die Zeit 11/22. Abgerufen am 5.11.2022: www.zeit.de/2022/11/russland-ukraine-krieg-osteuropa-literatur

erinnert und bei einem Solidaritätskonzert auf dem Prager Wenzelsplatz aus tausenden Kehlen mitgesungen wurde? Sofort wurde das Trauma der rollenden russischen Panzer aktualisiert, die Chiffre ubiquitär verständlich.

Und wenn die Menschen in Böhmen und Mähren 1989 „Zpátky do Evropy!“ („Zurück nach Europa!“) riefen, dann meinten sie nicht die EU. Sondern: Nix wie weg aus dem russischen Einflussgebiet. Doch wir wollten – und können sie inzwischen auch kaum mehr verstehen. Slawistik für Slawistik wurde an den deutschen Hochschulen in den zurückliegenden Jahrzehnten eingespart; Sprach- und Landeskenntnisse des östlichen Europas vermeintlich überflüssig.

Klar, es gab und gibt tolle und viele NGOs, wunderbares Engagement Einzelner, auch von Stiftungen und Vereinen. Und auch bei vielen freien Trägern und den staatlichen Zentralen der politischen Bildung verschwand das Thema nie ganz. Und klar, so manch eine und einer verlor beim „Marsch durch die Institutionen“ nie die Leidenschaft für die Region. Doch die landeskundlichen – und ja, auch sprachlichen – Expertisen wurden mit jedem Jahr blasser.

Der Osteuropakenner und Journalist Dirk Auer zieht im Oktober 2022 ein ernüchterndes Fazit: „Bis 1989 konnte die Politik tatsächlich noch auf eine fundierte Osteuropaexpertise an den bundesdeutschen Universitäten und Forschungsinstituten zurückgreifen. Osteuropaforschung wurde betrieben, um den kommunistischen Systemkonkurrenten zu verstehen. Entsprechend wurde sie gefördert. Mit dem Zerfall des Ostblocks hatte sich das scheinbar erledigt.“ Exemplarisch führt er die Geschichte des Bundesinstituts für internationale und ostwissenschaftliche Studien (BIost) in Köln an, mit dessen Abwicklung Deutschland im Jahr 2000 eines der wichtigsten auf Osteuropa spezialisierten Institute verlor. „Wer sich in Deutschland beruflich mit

Osteuropa beschäftigte, hatte es seit Mitte der 1990er Jahre immer schwerer“, stellt Auer fest.⁵ Nun, wo das Wissen so dringend gebraucht wird, gibt es kaum noch Expertise.

Versuch einer Ursachenforschung

Aber warum interessieren wir uns für Barcelona, Mailand oder Paris, nicht aber für Pardubice, Sighetu Marmației und Košice? Über die Frage, wie es zu dieser „Abwendung“ kam, lässt sich lange spekulieren. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit spielen folgende Aspekte eine Rolle.

Zunächst einmal konnten wir uns durch den Glauben an „Wandel durch Handel“ mental aus der wissenschaftlichen Osteuropabeschäftigung zurückziehen. Wir haben es der Wirtschaft überlassen, uns zu erklären, wie man mit Osteuropa umzugehen habe: Der Handel wird es richten, das billige Gas muss fließen; mit ihm käme, so die jahrzehntelang vor allem in der Bundesrepublik gehegte Vorstellung, die liberale Demokratie und der Wohlstand. Ein Fehl Glaube, wie wir heute wissen. Spätestens seit dem immer deutlicher werdenden Expansionsdrang Russlands wurde diese Strategie toxisch. Die us-amerikanische Osteuropakennerin Anne Applebaum beschreibt diese fatale Fehlinterpretation mit deutlichen Worten. Aus ihrer Sicht ist das über Jahrzehnte verfolgte Konzept komplett gescheitert, der Glaube an die Rationalität autoritärer Regime falsch. Diese Länder sähen den Westen als „eine Art Feind“.⁶

⁵ Dirk Auer: „Osteuropa – unser weißer Fleck“, in: bpb:magazin 2/2022, S. 13. Abgerufen am 5.11.2022: www.bpb.de/shop/zeitschriften/bpbmagazin/514319/krieg-gegen-die-ukraine

⁶ Mitschnitt des Progressive Governance Summit 2022, 13.10.2022 in Berlin; 2:35:00. Abgerufen am 5.11.2022: www.youtube.com/watch?v=8bQYJz5f6Oo&t=10470s

Ein zweiter Grund ist banaler, spielt jedoch ebenfalls eine nicht unwichtige Rolle: Osteuropa wird als beschwerlicher wahrgenommen. Die Transformationsländer Mittel- und Osteuropas sind – sieht man von den touristischen Hochburgen und urbanen Zentren ab – deutlich sperriger als eine – touristische – Individualreise in den europäischen Westen oder Süden. Sei es kulinarisch, sei es die Qualität der Unterbringung, der Standard des Transports oder für manche schlicht die Angst vor der Sprachbarriere: Immer noch erlebt man öfter eine Überraschung, und das schmeckt so manchem nicht.

Bei zahlreichen Studienreisen in die Region mit deutschen Teilnehmenden habe ich das immer wieder erlebt. Versuchen Sie einmal in einem traditionellen Restaurant etwa in der rumänischen Provinz zu erklären, dass der Vegetarier nicht damit einverstanden ist, wenn man das Fleisch einfach aus der Suppe herausnimmt – und anschließend einem deutschen Oberstudienrat, dass er tolerant sein soll... Derlei Erfahrungen, oder auch nur Berichte über solche, verstärkten vor allem in Westdeutschland über Jahrzehnte kultivierte negative Stereotype vom „Osten“ – auch wenn viele von ihnen längst überholt sind. An vielen Orten spricht man ganz selbstverständlich Englisch, die Hotels sind großartig und, wie es der Osteuropahistoriker Jan Claas Behrends mir jüngst beschrieb: „Kyiv ist gefühlt veganer als Berlin.“

Ein dritter Grund ist eher tiefenpsychologisch. Viele Deutsche beziehungsweise ihre Vorfahren haben bezüglich der Länder östlich der Oder/Neiße-Grenze traumatische Erinnerungen. Die Region ist unsere offene Wunde. Deutsche waren dort Täter der Shoah und des nationalsozialistischen Vernichtungskrieges. Der Völkermord an den europäischen Jüdinnen und Juden, Krieg, Zwangsarbeit und Vertreibung haben ein jahrhundertlanges, oftmals fruchtbares Mit-

einander von verschiedenen Nationalitäten zerstört. Der US-amerikanische Historiker Timothy Snyder hat die Region einmal als „Bloodlands“ beschrieben, gelegen auf dem Gebiet des heutigen Polen, der baltischen Staaten, Belarus, der Ukraine und Teilen Russlands. Bis heute bleibt eine intergenerativ vererbte Scham über diese Gräueltaten.

Doch Deutsche waren nicht nur Täter, sondern auch Opfer. Rund zehn Millionen deutschsprachige Bürgerinnen und Bürger lebten vor dem Zweiten Weltkrieg östlich der Oder-Neiße-Linie und wurden nach dessen Ende vertrieben oder in Gulags zwangsdeportiert. Auch bei den Kindern der Vertriebenen, der in den 1960er-Jahren geborenen „Boomer-Generation“, dominierte, sieht man von einer Phase des „Sehnsuchtstourismus“ nach den vom damaligen Bundeskanzler Willy Brandt verhandelten Ostverträgen ab, das Verdrängen der (Familien-)Geschichte. Ob Nachfahren von Opfern oder Tätern: Große Teile der deutschen Bevölkerung zieht es nicht zurück in die „Bloodlands“. Aus Scham oder um die traumatischen Erlebnisse der eigenen Geschichte nicht zu reaktivieren. Beides trug dazu bei, den Osten Europas aus dem Blick zu verlieren. Er wurde gewissermaßen abgespalten.

Hinschauen, zuhören – dranbleiben

Die oben aufgeführten Beispiele machen deutlich, wohin es führt, wenn man sich mit einer so zentralen Region nicht ausführlich beschäftigt. Wir als deutsche Gesellschaft, in den Schulen und in außerschulischen Lerneinrichtungen, müssen wieder genauer hinschauen; in die Ukraine, in den Krieg, nach Osteuropa. Und, wir denken an Juri Andrucho-wytsch zurück, wir müssen es systematisch und beständig tun - auch wenn es nicht (mehr) brennt!

Aber jetzt? Was können wir tun, wo das Kind im Brunnen liegt? Die ukrainische Schriftstellerin Kateryna Mishchenko,

die auf einer Veranstaltung im Literaturhaus Stuttgart wenige Tage nach dem Beginn des Krieges gegen ihr Land online aus Lwiw zugeschaltet wurde, gibt eine mögliche Antwort: „Denkt nicht nur humanitär, denkt politisch!“⁷

Klar, zunächst einmal wird stets auf Waffenlieferungen an die Ukraine hingewiesen. Doch wir müssen uns auch die Frage stellen, wie dann weiter? Hier lohnt es sich, die Gedanken und Forderung von Jan Lipavský in seinem oben zitierten Artikel näher anzusehen: „Ein internationaler Strafgerichtshof ist unerlässlich, um die nachhaltig verwundeten Gerechtigkeitsgefühle längerfristig zu heilen. (...) Die vielen Toten, die grausam Gefolterten, die Verschleppten verpflichten die Weltgemeinschaft zum Handeln!“ Dieser erste Vorschlag öffnet das Fenster für Aufarbeitung der Gräuel. Und er macht deutlich, wie diese Aufarbeitung, dieses Hinschauen stattfinden kann, vor der Weltöffentlichkeit, vor einem internationalen Ukraine-Tribunal.

Wir müssen zweitens weg vom Nationalen und wieder mehr in die Nachbarregionen schauen, Begegnungen und Austausch wiederbeleben, Netzwerke ausweiten. Vorbilder gibt es. Man denke an das deutsch-tschechische Jugendtreffen 1996 in Polička, bei dem junge Menschen zeigten, dass Kooperation und Austausch möglich sind. Das Treffen gilt als Durchbruch in den festgefahrenen Beziehungen der Nachbarländer und war ein zentraler Baustein in der Beschleunigung des Prozesses, der später zur deutsch-tschechischen Verständigung führte.

⁷ „Ukraine im Krieg“ – eine Veranstaltung des Literaturhauses Stuttgart, der Bundeszentrale für politische Bildung und des Instituts für Auslandsbeziehungen sowie des Netzwerks der Literaturhäuser (Livestream). Abgerufen am 5.11.2022: <https://vimeo.com/683720956>

Nichts hilft besser gegen Populisten mit ihren vermeintlich einfachen Antworten als das eigene Erleben und die in der Begegnung entstehende Empathie für den Anderen. Nirgends lernt man besser, was Ambiguitätstoleranz, also das Aushalten von Mehrdeutigkeit, bedeutet. Warum nicht 2023 ein mitteleuropäisches Jugendtreffen mit deutschen, baltischen, ukrainischen, polnischen, tschechischen und weiteren Teilnehmenden etwa in Danzig angehen, um eine Perspektive zu entwickeln, wie es in Mitteleuropa weitergehen könnte? Und: Wenn 1996 die Präsidenten Tschechiens und Deutschlands, Václav Havel und Roman Herzog, in den kleinen böhmischen Ort Polička reisten, warum treffen sich nicht 2023 der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj und Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier in Danzig? Einen Versuch wäre es wert!

Zum dritten müssen wir die darbende bundesrepublikanische Mittel- und Osteuropakompetenz in allen Bereichen ausbauen und diejenigen unterstützen, die in den zurückliegenden Jahrzehnten durchgehalten haben. Es gilt, die arg gebeutelte politische und kulturelle Bildung mit Mittelosteuropabezug nicht nur zu „retten“, sondern substantziell zu fördern. An Hochschulen, in Schulbüchern wie in der politischen Bildung brauchen wir deutlich mehr mittelosteuropäische Länder- und Sprachexpertise.

Hilfen für die Praxis

Anregungen für die „Osteuropäisierung“ der (west-)deutschen Sichtweise

Hinschauen, zuhören – dranbleiben: Wie kann das in den Alltag überführt werden? In die Schulen, die außerschulische Jugendarbeit und Jugendbegegnung, in Castrop-Rauzel oder Aurich? Wie kann ich mehr Osteuropa konkret „wagen“? Wie Themen, die Mittel- und Osteuropa bewegen, stärker in unsere Gesellschaft transportieren?

Es folgen einige sehr persönliche „Regeln“ für die schulische und außerschulische politische Bildungsarbeit über und mit Mittel- und Osteuropa. Verbunden mit der Aufforderung: Die Region ist ganz nah, dort leben unsere Nachbarn. Auch Informationen und (Bildungs-)Materialien liegen vor, es gibt zahlreiche Veranstaltungen – nutzt sie!

Frag dich, ob nicht auch ein östliches Ziel für eine Klassenfahrt, Bildungs- oder Studienreise passt!

Warum immer Rom oder Paris, warum nicht einmal Warschau, Tallinn, Bukarest oder Prag? Und wenn Prag, warum dann nicht Prag mit Begegnung? Diese bietet beispielsweise der gemeinnützige Verein „Pragkontakt“. Er unterstützt und begleitet deutschsprachige Schulklassen, Jugend- und Erwachsenengruppen bei der Vorbereitung und Durchführung ihrer Klassenfahrten, Studien-, Bildungs- und Begegnungsreisen in die tschechische Hauptstadt und ihre Umgebung. Ziel ist, ihnen die Möglichkeit zu geben, tiefergehendes Wissen über Prag und die Tschechische Republik zu erlangen. Dabei ist dem Verein der Austausch mit tschechischen Gruppen besonders wichtig: <http://www.pragkontakt.de/>

Mein Tipp für die weitere Lektüre: Begleitmaterialien für den Aufenthalt in Prag, hier insbesondere das Thema „Prag und das Jahr 1968“. Download: www.pragkontakt.de/unser-angebote/begleitmaterialien.htm

Reise (auch privat) in den Osten!

Reisen bildet, das ist mehr als eine Floskel. Und Mittel-, Südost- und Osteuropa sind immer eine Reise wert. Also einfach einmal Barcelona, Mailand, Paris links liegen lassen und auf nach Pardubice, Sighetu Marmației und Košice. Und, so mein persönlicher Tipp, am besten mit dem Zug. Wer einmal am frühen Morgen mit einem slowakischen Zug auf die Hohe Tatra zufuhr, sich im Schlafabteil eines rumänischen Nachtzugs ein Rennen mit einem nebenherfahrenden Pferdefuhrwerk lieferte oder gar dampfend und stampfend mit der CFF Vișeu de Sus, der Wassertalbahn – die letzte für die Forstwirtschaft betriebene Dampflokomotive Rumäniens, in die Karpaten einfuhr, wird verstehen, was ich meine.

Wem das noch zu „heiß“ ist, dem empfehle ich eine Reise in den Osten an Smartphone oder Laptop: „Go East“ heißen drei virtuelle Reihen der bpb, entstanden unter den Einschränkungen der Corona-Pandemie. Per Livestream führten sie von Hamburg nach Budapest und weiter nach Czernowitz, gefolgt von einer Reise durch die Ukraine ab Czernowitz über Kiew bis Charkiw. Nachzuschauen unter: www.bpb.de/veranstaltungen/reihen/digitale-studienreisen/

Mein Tipp für die weitere Lektüre: Jaroslav Rudiš: Gebrauchsanweisung fürs Zugreisen, Piper Verlag 2021, 256 Seiten. Im Takt der Schienen reist der Schriftsteller Rudiš durch Europa; von Berlin bis zum Gotthardtunnel und von Sizilien bis nach Lappland; im Nachtzug durch Polen und die Ukraine sowie im Speisewagen von Hamburg nach Prag.

Besuche Veranstaltungen zu Mittel- und Osteuropa!

Lesungen, Filme, Theateraufführungen. Fast überall in Deutschland finden diese oft vor – ich sage es leicht frustriert – eher wenigen Besucherinnen und Besuchern statt. Dabei bietet die kulturelle Vermittlung enorme Möglichkeiten. Als Beispiel sei eine Aufführung beim Festival „Politik im Freien Theater“ in Frankfurt am Main im Oktober 2022 genannt: In der „Sinfonie des Fortschritts“ der moldauischen Regisseurin Nicoleta Esinencu erlebte das Publikum ein Sprachkonzert, das die westeuropäische Selbstgewissheit, eine demokratische und fortschrittliche Gesellschaft zu sein, auf bissig-humorvolle Weise demontiert. Die Performerinnen und Performer, ausgestattet mit Bohrmaschinen, Straßenbauarbeiter-Klamotten, einem Mischpult und Mikrofonen, erzählen – konsequenterweise in moldauisch-rumänischer und russischer Sprache – die Geschichten von Saison- und Wanderarbeitern.

Mein Tipp für die weitere Lektüre: Sinfonie des Fortschritts. Begleitmaterial für Lehrerinnen und Lehrer. Download: www.bpb.de/pift2022/kalender/509706/sinfonie-des-fortschritts/

Lerne ein paar Brocken einer slawischen Sprache!

„Wie viele Sprachen du sprichst, sooft mal bist du Mensch.“ Goethes Zitat trifft auch auf die Sprachen unserer östlichen Nachbarn zu. Doch kaum ein Deutscher und eine Deutsche spricht sie, während viele Menschen dort wie selbstverständlich Deutsch beherrschen. Klar, es sind ungewöhnliche Sprachen, nicht nur die slawischen, auch Georgisch oder Ungarisch. Doch will man die Länder und Kulturen besser verstehen, ist Sprache der Schlüssel. Im bilateralen Jugendaustausch zwischen Deutschland und Tschechien

und Polen wurden zahlreiche Techniken der Sprachanimation entwickelt; eine Methode, mit der man auch Schülerinnen und Schülern Freude an der Sprache unserer Nachbarn vermitteln kann. Eine gute Anlaufstelle ist z. B. das Deutsch-Polnische Jugendwerk (DPJW): <https://www.dpjwonline.org/sprachanimation>

Tipp für die weitere Lektüre: „Drei Друзи з боиска“ - Deutsch-polnisch-ukrainischer Sprachführer für Sport- und andere Begegnungen, herausgegeben vom DPJW: <https://dpjw.org/kategorie-publikacji/sprache/>

Außerdem: Die App „Do kapsy“ (Tschechisch), herausgegeben von TANDEM (im App-Store zu finden).

Versuche, Bilder jenseits von Klischees zu nutzen!

Viele Bilder von „dem Osten“ sind noch immer von Stereotypen geprägt. Klischeehafte Darstellungen der Menschen wie Kulturen dominieren weiterhin die Medien. Auch diese verhärten „unser“ Bild und die Sicht auf die Region. In dem Projekt „Das gesamte Bild – persönliche Ansichten aus der Ukraine“ bat die bpb Intellektuelle aus der Ukraine nach Kriegsbeginn, mit einem kurzen Text und einem selbst gemachten Bild von ihrer Situation zu berichten. Herausgekommen ist eine ungewöhnliche Fotoserie, die sich gut für den Einsatz im Unterricht eignet.

Denn die Bilder und Texte schildern Eindrücke, die in der täglichen Kriegsberichterstattung kaum vorkommen. Sie vermitteln eindrucksvoll, was Kriegsphotografie und -berichterstattung oft übersieht, zeigen Details des Grauens und äußern persönliche Gedanken zu den aktuellen Entwicklungen. Mit dabei ist der Kyjiwer Filmemacher und Schriftsteller Oleksij Radynskyj, seine These: „Putin spricht einer Nation das Recht auf ihre Existenz ab.“ Weitere Mitwirkende

sind unter anderen die Lyrikerin Luba Jakymchuk, der Schriftsteller und Psychiater Borys Chersonskyj sowie die Kunstkritikerin Kateryna Iakovlenko. Online unter: www.bpb.de/das-gesamte-bild

Mein Tipp für die weitere Lektüre: „Krieg gegen die Ukraine“ – Ausgabe 22 des bpb:magazins vom Oktober 2022 (u.a. mit der Bilderstrecke „Das gesamte Bild“). Download: www.bpb.de/magazin

Recherchiere stets, wieviel Mittel- und Osteuropa in unserer Gesellschaft „steckt“!

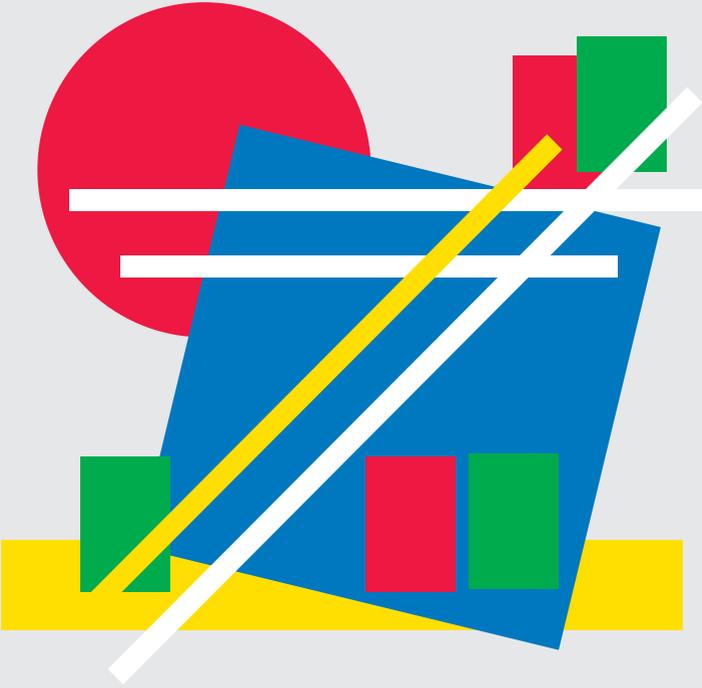
Einer meiner Lehrer, er war wissenschaftlicher Mitarbeiter am oben erwähnten und inzwischen geschlossenen BIOst, äußerte einmal die These: Am Anfang jeder großen Theorie und Entdeckung stand ein Tscheche. Sicher war das mit einem Augenzwinkern und nicht ganz ernst gemeint, doch der Gedanke hat mich nicht mehr losgelassen. Er führte Johann Amos Comenius, den Begründer der modernen Didaktik, Sigmund Freud, den Begründer der Psychoanalyse, und Karel Čapek den Erfinder des Wortes „Roboter“ und einige mehr an. So eine kleine Übung verändert viel im Denken – und man kann sie mit nahezu jedem östlichen Nachbarland durchspielen.

Noch viel greifbarer für Schülerinnen und Schüler – auch weil vielleicht eigene Erfahrungen oder die der Eltern oder Großeltern einbezogen werden können – kann man dies mit dem intellektuellen und kulturellen „Erbe“ der (Spät-)Aussiedler „durchspielen“. Man denke an die beiden deutschen Literaturnobelpreisträger Günter Grass und Herta Müller, die beide im östlichen Europa geboren wurden; an den Fußballweltmeister Lukas Podolski (geboren in Gliwice, Polen); an Helene Fischer (geboren in Krasnojarsk, Sowjet-

union), eine der kommerziell erfolgreichsten Sängerinnen Deutschlands.

Auf einmal, wie wenn sich der Nebel an einem Herbsttag lüftet, wird alles ganz klar. Unser Denken, Handeln, Sein ist so eng miteinander verwoben, dass man sich die Augen reibt und fragt: Warum habe ich das vorher nicht gesehen?!

Mein Tipp für die weitere Lektüre: Informationen zur politischen Bildung: (Spät-)Aussiedler in der Migrationsgesellschaft. Bundeszentrale für politische Bildung 2019. Download sowie kostenlos als gedrucktes Heft bestellbar: www.bpb.de/shop/zeitschriften/izpb/298302/spaet-aussiedler-in-der-migrationsgesellschaft/



4.

Über das deutsch-polnische Verhältnis

Der Polenmarkt

Eine Schulklasse, die eine Exkursion zum Potsdamer Platz plant, könnte zur Vorbereitung ein Foto von Anfang 1989 durch die Reihen gehen lassen. Der polnische Fotograf Marian Stefanowski hat es aufgenommen, es zeigt polnische Händler, die am südlichen Ende des Potsdamer Platzes auf West-Berliner Gelände ihre Waren ausgebreitet haben.

Im deutsch-polnischen Magazin Dialog hieß es später über die „Polenmarkt“-Händler: „Beladen mit Nylontaschen, überbeladene Zweiradwagen hinter sich herziehend, zogen sie in endlosen Reihen vom Grenzübergang am Ostberliner Bahnhof Friedrichstraße zum Platz vor der Oper und dem Park am Landwehrkanal, um schlussendlich zu Tausenden samt den auf dem Boden und auf dem Arm eingerichteten ‚Läden‘ auf dem öden Erdenfleck zwischen dem türkischen Flohmarkt und der Schiene der im Versuchsbetrieb eingesetzten Magnetschwebbahn auszuharren.“¹

Noch vor dem Fall der Mauer war der Potsdamer Platz, einst der verkehrsreichste Platz Europas, später Grenzbranche mit Todesstreifen, wiederbelebt worden. Wie es dazu kommen konnte, ist eine jener Leerstellen, die es im Wissen

¹ Andrzej Kotula: „Wschód na Zachodzie, czyli Polenmarkt w Berlinie Zachodnim w 1989-1990“, in: Dialog. Deutsch-Polnisches Magazin, Nr. 85-86/2008-2009.

um die Geschichte Polens und der anderer mittel- und ost-europäischer Länder in Deutschland gibt. Warum waren die polnischen Händlerinnen und Händler schon im Januar 1989 zum Potsdamer Platz oder ans Reichpietschufer gekommen? Auf welcher Rechtsgrundlage durften sie einreisen? Ließ die DDR sie ungehindert passieren?

Die Antworten liegen in der Volksrepublik Polen, wo die Macht der Kommunisten schon zu bröckeln begonnen hatte, als die SED in der DDR noch halbwegs fest im Sattel saß. Bereits im August 1988 waren in Danzig und Krakau wieder Streiks aufgeflammt, die Gewerkschaft Solidarność erlebte nach ihrer Zulassung 1980 und der Verhängung des Kriegsrechts im Dezember 1981 ihren zweiten Frühling. Ab Herbst 1988 kamen Opposition und Vertreter der kommunistischen Partei zu einem Runden Tisch zusammen, dem die ersten freien Wahlen am 4. Juni 1989 folgten. Die Wahl von Tadeusz Mazowiecki zum ersten nichtkommunistischen polnischen Ministerpräsidenten am 13. September besiegelte das Ende der kommunistischen Diktatur.

Um Druck aus dem Kessel zu lassen, hatten die Machthaber in Warschau schon Ende 1988 „fast alle Ausreiserestriktionen aufgehoben“, schreibt der Historiker Dariusz Stola. „Pässe wurden allen Personen ausgestellt und mussten dem Büro für Passangelegenheiten nicht mehr zurückgegeben werden.“² Anders als in der DDR konnten polnische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger fortan das Land verlassen. West-Berlin ließ sie visafrei einreisen. Durch die DDR fuhren die Polinnen und Polen wie die Bundesbürger als Transitreisende.

² Dariusz Stola: „Das kommunistische Polen als Auswanderungsland“, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History, Online-Ausgabe, 2 (2005), Heft 3.

Das Foto von Marian Stefanowski ist aber nicht nur interessant, weil es die großen politischen Veränderungen Anfang 1989 dokumentiert. Es zeigt auch, welche Rolle Polinnen und Polen in West-Berlin und später bei der Entwicklung der wiedervereinten Stadt spielten. Zwar mokierte sich die Boulevardpresse über das ungeordnete Treiben am „Polenmarkt“, und bediente sich dabei auch antipolnischer Stereotype. Der Osteuropahistoriker Karl Schlögel dagegen blickte in die Zukunft und sah im Polenmarkt den Beginn des Falls der Berliner Mauer und des Eisernen Vorhangs und damit das Ende der Teilung Europas. Schon im Februar 1989 schrieb er: „Solche Schauspiele gibt es nur, wenn etwas Neues beginnt: Berlin entdeckt, dass Posen näher ist als Köln und dass es ein Hinterland gibt, das nicht erst in Helmstedt beginnt.“³

Den Markt begriff Schlögel als Symbol für die Transformation der Wirtschaft in Polen, wenn er später schrieb: „Jedes Land des ehemaligen Ostblocks hatte in den letzten anderthalb Jahrzehnten seine Basarphase. In manchen Ländern – wie in Polen oder Estland – ist sie vorbei, in anderen – wie in Russland oder der Ukraine – ist sie noch in vollem Schwung.“ Für Schlögel war der Niedergang der Basarwirtschaft zugleich ein „Gradmesser für den Stand der Transformation“ in den ehemals sozialistischen Ländern. „Wo der Basar „verschwunden ist, ist der Prozess abgeschlossen, wo er noch da ist, wird er noch gebraucht“.⁴

Dass der Potsdamer Platz dann zum Symbol für das Zusammenwachsen der Stadt werden sollte, wäre ohne Hilfe aus dem Nachbarland ebenfalls nicht möglich gewesen. Es waren vor allem polnische Bauarbeiter, die auf der damals

³ In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28.2.1989.

⁴ Karl Schlögel: Promenade in Jalta, München 2001, S. 200.

größten Baustelle Europas – oft illegal und meistens unterbezahlt – schufteten. Und wer weiß, vielleicht waren es ja auch die Händler vom Polenmarkt, die dem Platz seinen Vorkriegscharakter als Handelsplatz und urbanem Hotspot zurückgaben.

Eine Exkursion zum Potsdamer Platz würde sich also lohnen. Nicht nur, um herauszufinden, ob West-Berlin und der Ostteil der Stadt an diesem ehemaligen Scharnier tatsächlich zusammengewachsen sind. Ein Besuch könnte auch helfen, jene Lücken im Wissen über Osteuropa aufzufüllen, die uns bis heute daran hindern, zu verstehen, was „im Osten“ eigentlich passiert.

Bilder des Ostens

Lange Zeit hat das Bild von den „polnischen Händlern“, später das der „polnischen Putzfrau“ oder des „polnischen Klempners“ die Wahrnehmung der Polinnen und Polen in Deutschland geprägt. Inzwischen hat sich dieses Bild gewandelt. In Schwedt in der Uckermark oder in Frankfurt (Oder) haben die Corona-Pandemie und die zeitweiligen Grenzsicherungen vor Augen geführt, dass die Kliniken dort ohne polnische Ärztinnen und Ärzte nicht arbeiten können. In Berlin gehören polnische Künstlerinnen und Künstler schon lange zum Kulturbetrieb, schon in den 1990er-Jahren spielte der „Club der polnischen Versager“ mit dem Stereotyp der „polnischen Wirtschaft“.

Die Polen sind also angekommen in Deutschland, aber sind die Deutschen auch in Polen angekommen? Sind ihnen polnische Geschichte und Gegenwart ebenso vertraut wie französische oder italienische Geschichte und Gegenwart?

Seit in Warschau die nationalkonservative Partei Prawo i Sprawiedliwość (Recht und Gerechtigkeit), kurz PiS, an der Macht ist, ist ein neues Bild aufgetaucht – das der „undank-

baren Polen“. Immer wieder hört man seitdem, Warschau würde die EU-Gelder aus Brüssel gerne einstreichen, ohne sich an die Regeln zu halten: Rechtsstaatlichkeit, Pressefreiheit, Menschenrechte. Aber vielleicht sagt ein solches Bild auch mehr über die, die es nutzen, als über die, denen es gilt. „Dieses Staunen über die undankbaren Polen zeigt auch, dass es nach wie vor ein Überlegenheitsgefühl in Deutschland gibt“, sagte etwa die ehemalige Leiterin des Polnischen Instituts in Berlin, Kataryzna Wielga-Skolimowska, die heute der Bundeskulturstiftung vorsteht.⁵

Wofür aber sollten die Polen den Deutschen überhaupt dankbar sein? Dass sich Deutschland als „Anwalt der Polen“ für die Aufnahme in die Europäische Union 2004 eingesetzt hat? Waren es nicht die Polen, die lange zuvor mit ihrer unabhängigen Gewerkschaft einen Dominostein nach dem anderen umgeworfen hatten? So inszenierten Berliner Kulturprojekte 2009 den 20. Jahrestag des Mauerfalls. Rund um den Potsdamer Platz wurde der ehemalige Mauerverlauf mit Dominosteinen markiert; einen von ihnen stieß der ehemalige polnische Staatspräsident, Solidarność-Gründer und Friedensnobelpreisträger Lech Wałęsa an. Ein eindrucksvolles Bild, das zeigt, wer in Wirklichkeit wem hätte dankbar sein müssen.

Doch das Bild von den undankbaren Polen ist älter als die Regierungszeit der PiS. Schon im 19. Jahrhundert fühlten sich die Fortschrittlichen unter den Deutschen von den Polen verraten. Es war die Zeit der 1848er-Revolution, in Europa schien der Völkerfrühling anzubrechen. In Berlin tobten Barrikadenkämpfe, auf ihrem Höhepunkt wurde aus dem Moabiter Zellengefängnis ein zum Tode verurteilter polnischer Revolutionär befreit. In den Farben Schwarz-

⁵ Interview: „Die Polen hier sind liberal und links“, in: taz, 31.12.2017.

Rot-Gold und Weiß-Rot wurde Ludwik Mierosławski in einer Kutsche durch die Straßen des aufständischen Berlin geleitet, ein Triumphzug, wie es schien. Mierosławski, den die preußischen Behörden wegen eines Aufstands in Posen festgenommen hatten, hätte einer der Helden des Völkerfrühlings sein können.

Doch dann die jähe Enttäuschung: Mierosławski ging nach Posen zurück und zettelte einen neuen Aufstand gegen Preußen an, das Polen mit Russland und Österreich unter sich aufgeteilt hatte. Die Unabhängigkeit Polens war ihm wichtiger als ein demokratisches Europa. Entsprechend brüsk reagiert die Nationalversammlung in der Paulskirche in Frankfurt am Main auf den Aufstand. „Die polenfreundliche Stimmung unter den deutschen Demokraten war umgeschlagen“, analysiert der Slawist Thomas Urban. Polen galt in Deutschland wieder „als Land des Landadels, der egoistisch um seine Privilegien kämpfte und daher an einer grundsätzlichen Veränderung der Verhältnisse nicht interessiert war“.⁶

Souveränität versus Integration

Mierosławskis Rückkehr nach Posen steht sinnbildlich für einen Konflikt, der Europa mit seiner Ambivalenz bis heute vor eine ernste Bewährungsprobe stellt. Europäische Integration versus nationale Souveränität könnte man diesen Widerspruch nennen. Im Westen rümpfen manche bereits die Nase, wenn sie bloß das Wort Nationalstaat hören. Vor allem für die jüngere Generation scheint klar, wem die Zukunft gehört – einer postnationalen, postheroischen, postkolonialen Gesellschaft.

⁶ Thomas Urban: Von Krakau bis Danzig. Eine Reise durch die deutsch-polnische Geschichte, München 2000, S. 63f.

Im Osten Europas ist das anders. Dort lebten die Menschen mehrere Jahrzehnte in einer postnationalen Gesellschaft, wenn auch in keiner postkolonialen. Estland, Lettland und Litauen zum Beispiel gehörten bis 1918 zum Russischen Reich. Als dieses zusammenbrach und die Sowjetunion gegründet wurde, erklärten sie, wie auch Finnland, ihre Unabhängigkeit.

Unter Stalin jedoch wurden Estland, Lettland und Litauen dem „Reich“ wieder einverleibt. Im Baltikum kennt jedes Schulkind die Ereignisse, die der Besatzung und zwangsweisen Eingliederung in die UdSSR folgten. Dazu gehört auch die Lebensgeschichte der ehemaligen lettischen Außenministerin und EU-Kommissarin Sandra Kalniete, 1952 als sogenannte „Verbannte“ im russischen Tomsk geboren. Ihre Eltern gehörten zu den hunderttausend Letten, die in der Stalinzeit nach Sibirien deportiert worden waren.

Über die Geschichte ihrer Familie, die exemplarisch für die Geschichte ihres Landes steht, hat Kalniete ein Buch geschrieben.⁷ Es war allerdings nicht die Lebensgeschichte, die sie in Deutschland bekannt machte, sondern ihre Eröffnungsrede bei der Leipziger Buchmesse 2004. „Dokumente wie Lebensgeschichten der Opfer bekräftigen die Wahrheit, dass die beiden totalitären Regime – Nazismus und Kommunismus – gleichermaßen kriminell waren,“⁸ hielt Kalniete dem deutschen Publikum entgegen und provozierte das, was man gemeinhin einen Skandal nennt. Der Vizepräsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Salomon Korn, verließ unter Protest den Saal, und der Westen schüttelte den Kopf angesichts solcher Vergleiche.

⁷ Sandra Kalniete: *Mit Ballschuhen im sibirischen Schnee*, München 2005.

⁸ Vgl. Christian Semler: „Lettische Geschichtspolitik“, in: taz, 26.3.2004.

Dabei war schon damals deutlich geworden, dass die mittel- und osteuropäischen Länder nicht nur Billiglohnkräfte und neue Märkte nach Europa brachten, sondern auch eine historische Erfahrung, über die man in Deutschland vor dem Hintergrund der eigenen Schuld nicht so gerne sprach. Kalnietes Familiengeschichte ist so eine Erfahrung. Sie zeigt, dass die sowjetische Unterdrückung im Baltikum eine ebensolche Realität ist wie die deutsche Besatzung und Vernichtungspolitik.

Umso wichtiger war es Esten, Letten und Litauern, dass sie mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion 1991 wieder unabhängig wurden. Aber auch das war kein einfacher Weg. Noch im Januar 1991 ließ der in Deutschland gefeierte letzte Präsident der Sowjetunion, Michail Gorbatschow, in Litauen Panzer gegen Demonstranten auffahren, die für die Unabhängigkeit auf die Straße gingen. Vierzehn Menschen starben, über tausend wurden verletzt. Im Osten Europas ist postkolonial nicht gleichbedeutend mit postnational, sondern mit nationaler Souveränität.

Es sind Beispiele wie der Skandal, den Sandra Kalniete auslöste, die den Historiker Michael Wildt eine Weitung des deutschen Geschichtsbildes nach Osten fordern ließen. Dass die Erinnerung an die Shoah in Deutschland zur Staatsräson wurde, hat die kommunistischen Verbrechen lange Zeit verdrängt. Das werde den Erfahrungen mit den kommunistischen Diktaturen in Osteuropa nicht gerecht, meint Wildt und nennt die „anhaltende stalinistische Gewaltpolitik“, den „Hitler-Stalin-Pakt vom 23. August 1939“ sowie die „Zerschlagung und Aufteilung Polens“.⁹

⁹ Michael Wildt: „Warum Sie (wie die meisten) zu wenig über die Vergangenheit wissen“, in: Der Spiegel, 28.8.2022.

Mit der Erinnerung an diese Ereignisse müsse auch eine Differenzierung des Russlandbildes einhergehen, fordert Wildt und erinnert an Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, der noch im Februar 2021 für den Bau der Gaspipeline Nord Stream 2 geworben hätte, indem er auf die „deutsche Verpflichtung wegen des Überfalls Nazideutschlands auf die Sowjetunion“ verwies.¹⁰ Dabei waren vom Vernichtungskrieg der Nazis mehr noch als Russinnen und Russen die Ukraine, Belarus und das Baltikum betroffen. Einen „Fehler“ nennt Wildt deshalb die „Gleichsetzung von Sowjetunion und Russland“. Es ist freilich eine Gleichsetzung, die bis in die aktuellen Debatten um den russischen Krieg gegen die Ukraine immer wieder auftaucht.

Kein Dialog mit der Opposition in Osteuropa

Das Bild von den undankbaren Polen hat im Nachbarland inzwischen eine Art Entsprechung bekommen: mit einem Bild der Deutschen als unbelehrbare Russlandversther. Dieses ist keineswegs auf das konservative oder nationalistische Milieu beschränkt. Auch unter Liberalen wächst das Unverständnis über die deutsche Russland- und Ukrainepolitik. Während der deutsch-polnischen Medientage in Görlitz und der polnischen Nachbarstadt Zgorzelec im Mai 2022 war in vielen Panels die Rede davon, dass die Deutschen zu viel auf Dialog mit Moskau setzten, anstatt auf schnelle Waffenlieferungen. Immer wieder wurde gefragt, ob man in Deutschland nicht verstehe, dass in der Ukraine die europäischen Werte von Freiheit und Toleranz verteidigt würden.

In Polen gibt es dafür ein geflügeltes Wort. „Za wolność naszą i waszą“ heißt es, „für unsere und Eure Freiheit“. Erstmals tauchte es nach einem Aufstand gegen die russische

¹⁰ Ebd.

Fremdherrschaft 1830 auf, der auch in Deutschland einen breiten Nachhall fand. So wurde 1832 auf dem Hambacher Fest neben der schwarz-rot-goldenen auch die weiß-rote polnische Fahne gehisst. Eine sprichwörtliche „Polenbegeisterung“ hatte die deutschen Liberalen ergriffen, es war die Ouvertüre zum Völkerfrühling 1848 und der folgenden „Polenenttäuschung“.

Heute würden sich viele Polinnen und Polen von den Deutschen eine „Ukrainebegeisterung“ wünschen. Doch die meisten waren nicht einmal begeistert, als die Polinnen und Polen in den 1970er-Jahren gegen den Kommunismus aufzubegehren begannen. Dabei war der subkulturelle Habitus derer, die damals auf die Straße gingen, dem im Westen gar nicht so unähnlich. Viele Demonstrantinnen und Demonstranten trugen lange Haare, warfen Steine gegen die Sicherheitskräfte, es gab Happenings, in Breslau brachte die Opposition sogar eine Spaßguerilla hervor.

All das blieb im Westen ohne großen Widerhall, so wie auch der Einmarsch der Sowjetunion in der Tschechoslowakei 1968 ohne Widerhall geblieben war. Die deutsche Linke war eine antikapitalistische Linke, während die Protestbewegung in Osteuropa antikommunistisch war. Die aus Posen stammende und in Berlin lebende Schriftstellerin Dorota Danielewicz beschreibt das so: „Das klassische Dilemma der osteuropäischen Intellektuellen war, dass sie einerseits sehr gut mit den Westlinken auskamen, jedoch nie in den politischen Diskussionen einen gemeinsamen Nenner fanden.“¹¹

Verstärkt wurde die Ignoranz gegenüber den Protestmilieus in Polen von der offiziellen Politik. Die DDR reagierte

¹¹ Dorota Danielewicz: Auf der Suche nach der Seele Berlins, München 2014, S. 103.

auf den Aufstieg der Opposition in Polen 1980 mit der Schließung der Grenze für den visafreien Reiseverkehr. Und auch die bundesdeutsche Politik ging auf Distanz. Bei einem Besuch in Polen im Dezember 1981 zeigte Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD) ein gewisses Verständnis für die Ausrufung des Kriegsrechts am 13. Dezember.

Immer wieder suchte vor allem die Sozialdemokratie den Dialog mit den Herrschenden, den mit der Opposition mied sie. So wurden Gewerkschaftssekretäre und SPD-Funktionäre in den 1980er-Jahren angehalten, keine Mitglieder der Solidarność einzuladen. Der polnische Literaturwissenschaftler Jan Józef Lipski kommentierte das 1984 so: „Weil sie sich um das Schicksal des Friedens in Europa sorgen und einem aus einer Destabilisierung resultierenden Konflikt in Mitteleuropa ausweichen möchten, sind in Deutschland oft Stimmen zu hören, die die Polen zur Ordnung, das heißt zur ewigen Unfreiheit rufen, so als stünden den Deutschen und vielen anderen Völkern Freiheit, Souveränität und Demokratie von Natur aus zu, während die Polen ex definitione nur die Unfreiheit verdienten.“¹²

Es gab also eine erstaunliche Parallelität im Umgang der offiziellen Politik in der DDR und der Bundesrepublik mit der antikommunistischen Opposition in Polen. Für viele polnische Beobachter wiederholt sich das derzeit in Deutschland, nur, dass es diesmal nicht um Polen und seine Freiheit und Souveränität geht, sondern um jene der Ukraine.

¹² Zitiert nach Helga Hirsch (Die Zeit): „Zur Berichterstattung über Deutschland in der polnischen Presse“, in: Transodora 4/5, Potsdam 1993/94, S. 28-33.

Der ostdeutsche Sonderweg

Ein anderes Bild hatten in Westdeutschland die Grünen und in der DDR die Bürgerrechtlerinnen und Bürgerrechtler. „Die haben ja oft sogar Polnisch gelernt, um sich in Polen über die Solidarność zu informieren“, sagt die Schriftstellerin Dorothea Danielewicz.¹³ Einer von ihnen, Wolfgang Templin, ging 1976 gar zum Studieren nach Warschau. Die „vorhandene, aber zersplitterte intellektuelle Opposition“ beschreibt er so: „Altersmäßig von Mitte 20 bis Ende 80, weltanschaulich wirklich von linkstrotzkistisch bis tief rechts konservativ, dazwischen liberaldemokratisch. Alles. Zusammengefasst: Aus mit den Grundsatzstreitigkeiten!“¹⁴

Für Templin war Polen Freiheit: Anders zu denken, seine Stimme zu erheben, auch kulturelle Freiheit. In Polen gab es, anders als in der DDR, westliche Zeitschriften, vor allem aber einen breiten Widerstand gegen das kommunistische Regime. Immer wieder trafen Templin und andere DDR-Oppositionelle Regimegegner aus Polen, oft in den Bergen der Tatra, wohin der Arm des Geheimdienstes nicht reichte.

Als Templin im Januar 1988 nach der Rosa-Luxemburg-Demonstration in Ost-Berlin festgenommen und mit Freya Klier und anderen Bürgerrechtlern in die Bundesrepublik abgeschoben wurde, demonstrierten polnische Oppositionelle vor der DDR-Botschaft in Warschau. Nach der Wende bekam er 2008 das Kavalierkreuz des Verdienstordens der Republik Polen; 2010 wurde er vom Europäischen Solidarność-Zentrum in Danzig mit der Dankesmedaille ausgezeichnet.

¹³ Interview „Ich helfe den Deutschen beim Aufräumen“, in: taz, 31.3.2015.

¹⁴ Zit. in: Martin Sander: „Aufstieg und Fall der Solidarność. Gemeinsame Kämpfe, geplatze Träume in Polen“, auf: Deutschlandfunk Kultur, 2.9.2020.

Templins Biografie ist insofern interessant, als er nach dem russischen Überfall exemplarisch für die Haltung ehemaliger DDR-Oppositioneller steht. Tatsächlich lassen die ehemaligen Bürgerrechtlerinnen und Bürgerrechtler keinen Zweifel daran aufkommen, auf wessen Seite sie stehen. Wenige Stunden nach dem russischen Einmarsch am 24. Februar 2022 veröffentlichte die Robert-Havemann-Gesellschaft einen Aufruf, in dem es heißt: „Niemand im Westen könnte jetzt behaupten, der kriegerische Überfall auf die Ukraine komme aus heiterem Himmel. (...) Putin führt seit 2014 Krieg gegen die Ukraine, ein Krieg, der bereits bis heute über 14.000 Todesopfer gefordert hatte und der Ukraine größere Gebiete gestohlen hat.“¹⁵ Der Aufruf, von zahlreichen ehemaligen Oppositionellen unterzeichnet, schließt: „Hisst die Flagge der Ukraine an Euren Häusern als Zeichen der Solidarität mit der Ukraine und als Stoppzeichen: Wir sind für Eure und unsere Freiheit!“

Eine Exkursion zum Potsdamer Platz könnte also auch weiter Richtung Osten führen. Zum Beispiel mit dem REI nach Frankfurt (Oder) und seiner polnischen Schwesterstadt Słubice. An der Europa-Universität Viadrina lernen viele Studierende aus der Ukraine, in den Bars und Restaurants in Słubice bedienen schon seit der Annexion der Krim und dem Krieg im Donbass 2014 viele Ukrainerinnen und Ukrainer. Man könnte auch sagen: Die Ukrainer sind heute, was die Polen in den 1980er-Jahren waren.

Und wieder ist die Begeisterung verhalten. Die Mehrheit der Ostdeutschen steht der Ukraine wenig empathisch gegenüber und fordert sogar ein Ende der Sanktionen

¹² „Hisst die ukrainische Flagge überall!“, 24.2.2022. Abgerufen am 30.10.2022: www.havemann-gesellschaft.de/beitraege/hisstdiuekrainischeflagge/

gegen Russland. Bereits im Juli 2022 sprachen sich im ARD-Deutschlandtrend 51 Prozent der Ostdeutschen gegen Sanktionen aus. Im Westen waren 63 Prozent der Befragten für Sanktionen gegen Russland.

Verantwortlich dafür seien nicht nur Leerstellen im Wissen um die Geschichte und Gegenwart Osteuropas, sondern auch die Erfahrungen aus der Zeit nach der Wende, meint die an der Viadrina lehrende Soziologin Susann Worschech. „Die Ostdeutschen mussten bald das Heft aus der Hand abgeben an die Westdeutschen. Der Drang zur Selbstbestimmung war kurz. (...) Wir merken heute, dass das latente Gefühl von Fremdbestimmung vielerorts in Ostdeutschland das vorherrschende ist, das mit 1989 und der Wende verbunden wird.“¹⁶

Für die 1979 in Wernigerode geborene Worschech rührt aus diesem Gefühl von Fremdbestimmung auch das „fehlende Verständnis für die Ukraine“. Man könnte die provokante Frage stellen: Wollen viele Ostdeutsche der Ukraine die Souveränität und Freiheit nicht gönnen, weil sie nicht haben darf, was der DDR versagt blieb?

Eine Polenreise

Vielleicht sollten Schulklassen nicht nur nach Frankfurt und Słubice reisen, sondern auch in polnische Großstädte. Mir selbst haben solche Reisen immer auch die Augen geöffnet. Einmal schlenderte ich in Stettin durch das Villenviertel Pogodno und entdeckte eine Kaserne. Dort war das Multinationale Korps Nordost der Nato stationiert: Polnische, dänische und deutsche Soldaten in einem Korps. Ich brauchte dieses Bild, um zu verstehen, was der damalige polnische Außenminister Radosław Sikorski sehr viel spä-

¹⁶ „Warum Ostdeutsche so wenig Verständnis für die Ukraine und viele Sympathien für Russland haben“. Fragen von Nancy Waldmann an Susann Worschech, in: Märkische Oderzeitung, 23.7.2022.

ter sagte: „Deutsche Macht fürchte ich heute weniger als deutsche Untätigkeit.“¹⁷ Die Angst vor Russland war schon in den 2000er-Jahren stärker als die Furcht vor einem starken Deutschland. Mehr noch als der EU-Beitritt 2004 war für Polen der Beitritt zur Nato 1999 wichtig; als Garant, dass Russland nicht noch einmal in das Land einmarschiert.

Vielleicht sollte die Exkursion auch in jene Länder führen, die sich nach 1990/91 von der Sowjetunion losgesagt oder die kommunistische Herrschaft abgeschüttelt haben. Es ist ein breiter Streifen von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer, den Russland gerne als Puffer zwischen sich und der Nato gehabt hätte. Ein Streifen auch, den der ehemalige SPD-Bundeskanzler Gerhard Schröder kalt und zynisch wieder von der Landkarte radierte, wenn er vom „großen Nachbarn Russland“¹⁸ sprach.

Dieses Bild einer „Nachbarschaft“ machte mehr als 150 Millionen Menschen zu so etwas wie Spielmaterial einer russlandfreundlichen deutschen Außenpolitik, die sich auf die Ostpolitik Willy Brandts berief und auf russische „Sicherheitsinteressen“, hinter denen sich Putins Hegemonialstreben verbarg.

Wer die Leerstellen im Wissen um die Geschichte und Gegenwart Osteuropas getilgt hat, weiß allerdings, warum es sich verbietet, von einer solchen Nachbarschaft zu sprechen. Unsere Nachbarinnen und Nachbarn in Europa sind die, die für ihre und unsere Freiheit stehen.

¹⁷ Zit. nach: Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, 28.II.2011, Abgerufen am 30.10.2022: dgap.org/de/veranstaltungen/deutsche-macht-fuerchte-ich-heute-weniger-als-deutsche-untaetigkeit

¹⁸ Gerhard Schröder: „Die Bedeutung der strategischen Partnerschaft mit Russland“, Beitrag auf einer Tagung „Russland und Deutschland“ in der Ev. Akademie Bad Boll, 6./7.10. 2006. Abgerufen am 30.10.2022: www.ev-akademie-boll.de/fileadmin/res/otg/520406-Schroeder.pdf



5.

Zivilgesellschaft unter Druck

Die Sowjetunion (UdSSR) sollte ewig währen. Doch es kommt anders. Am 25. Dezember 1991, als die rote Flagge mit Hammer und Sichel über dem Kreml eingeholt und an ihrer Stelle die russische Trikolore gehisst wird, ist der flächenmäßig größte Staat der Erde Geschichte. Einen maßgeblichen Anteil daran hat Michail Gorbatschow, seit 1985 Generalsekretär des Zentralkomitees der KPdSU sowie von März 1990 bis Dezember 1991 letzter Staatspräsident der Sowjetunion. Er versucht sich an einer Liberalisierung des Systems, schätzt die Konsequenzen jedoch komplett falsch ein.

Aus der UdSSR gehen 15 Nachfolgestaaten hervor, von denen viele bis heute „weiße Flecken“ sind. „30 Jahre postsowjetischer Transit gehen zu Ende“, schreibt die russische Journalistin und Politikwissenschaftlerin Ekaterina Schulmann in einem Betrag für das Webportal Decoder. „Während dieser Zeit haben sich im postsowjetischen Raum drei politische Ordnungen heraus gebildet: primitive mittelasiatische Despotien (Usbekistan); schwache Demokratien mit einem instabilen Staatsapparat, einem nicht erreichten Gewaltmonopol und einer ziemlich starken Rolle von Zivilgesellschaft, aber auch oligarchischen Gruppen (Ukraine, Kirgistan, Republik Moldau, Georgien, Armenien); und der dritte Typus – personalisierte Autokratien, die zwar Wahlen durchführen, aber durch Wahlen keinen Wechsel riskieren

wollen; die die Vorteile des Konkurrenzkapitalismus für sich nutzen, aber gleichzeitig eine extrem hohe Staatspräsenz in der Wirtschaft erschaffen (Russland, Belarus, Kasachstan).“¹

Im Folgenden soll es darum gehen, die Zivilgesellschaften in Russland, Belarus und der Ukraine genauer in den Blick zu nehmen. Wie sind Nichtregierungsorganisationen (NGO) in diesen drei Ländern aufgestellt? Unter welchen Bedingungen arbeiten sie und welche Anliegen machen sie sich zu eigen?

Am 7. Oktober 2022 werden in Oslo die diesjährigen Friedensnobelpreisträger*innen bekannt gegeben. Bereits ihre Auswahl birgt einige Antworten. Es werden die Menschenrechtler*innen von Memorial in Russland ausgezeichnet. Die 1988 gegründete Organisation hat sich die Aufarbeitung der Verbrechen unter Josef Stalin, von 1922 bis zu seinem Tod 1953 Generalsekretär der KPDSU und damit mächtigster Mann in der Sowjetunion, zur Aufgabe gemacht. Im Dezember 2021 wird Memorial geschlossen.

Ein Nobelpreis geht auch an Ales Bjaljazki in Belarus, der seit dem 14. Juli 2021 nicht zum ersten Mal in Haft sitzt. Er ist Gründer der Menschenrechtsorganisation Vjasna (Frühling), die sich vor allem um politische Gefangene kümmert. Auch eine ukrainische Organisation gehört zu den Preisträger*innen: Das Zentrum für bürgerliche Freiheiten (CCL), das sich um die Dokumentation von Kriegsverbrechen verdient macht mit dem Ziel, den Opfern und/oder Angehörigen vor internationalen Gerichten zu ihrem Recht zu verhelfen.

Apropos Krieg: Das Jahr 2022 steht ganz im Zeichen des

¹ Ekaterina Schulmann in „Die zwei slawischen Autokratien leugnen den Lauf der Zeit“. Abgerufen am 30.10.2022: www.dekoder.org/de/article/schulmann-krastew-alexijewitsch-zukunft

russischen Feldzugs gegen die Ukraine. Wann und wie dieser Krieg enden wird, ist noch nicht abzusehen. Doch eins ist schon jetzt klar: Er wird auch die Zivilgesellschaften in den betreffenden Ländern verändern.

Russland

Anfang der 1990er-Jahre „wäre die Zeit für einen Visionär gewesen, einen Anführer mit der notwendigen Leidenschaft, Entschlossenheit und Energie, um ein neues Russland zu schaffen und seine Bürger an diesen Traum zu binden“, schreibt der britische Historiker Mark Galeotti: „Doch was sie bekamen, war Boris Jelzin.“²

Dessen Regierungszeit als Präsident (1991-1999) verbinden viele Russ*innen mit Chaos sowie gravierenden wirtschaftlichen Umbrüchen, die viele Menschen in Armut stürzt und wenigen ermöglicht, sich schamlos zu bereichern. Der Begriff „Demokratie“ ist fortan nachhaltig diskreditiert. Dennoch erscheint die Ära Jelzin im Rückblick als Phase, die ein bis dahin nicht gekanntes Maß an Freiheiten bringt. Hunderte vom Staat unabhängige Organisationen entstehen. Frauen, Umweltschützer*innen, Soldatenmütter und Menschenrechtler*innen organisieren sich in Initiativen, in allen Regionen des Landes. Auch viele ausländische Stiftungen eröffnen Ableger in Russland.

Im Dezember 1994 erteilt Jelzin den Befehl zu einer militärischen Intervention in Tschetschenien. Nicht zuletzt den mittlerweile entstandenen unabhängigen Medien ist zu verdanken, dass die Versuche der Staatsmacht, die schweren Menschenrechtsverbrechen der russischen Armee an der Zivilbevölkerung in der Nordkaukasusrepublik zu verschleiern, ins Leere laufen. Noch während des ersten

² Mark Galeotti: Die kürzeste Geschichte Russlands, Ullstein 2022, S. 225.

Tschetschenienkrieges wird Russland im Februar 1996 in den Europarat aufgenommen – und damit in eine Institution, die dem Schutz von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten verpflichtet ist. Befürworter*innen dieser Entscheidung argumentieren, so könne wirkungsvoller auf Russlands Entwicklung Einfluss genommen werden. Das erweist sich jedoch als Trugschluss.

Im August 1999 ernennt Jelzin den Ex-Geheimdienstler Wladimir Putin zum Regierungschef, zum Jahresende übernimmt dieser das Amt des Präsidenten. Fortan beginnt sich die Lage der NGOs zu verschlechtern. Etappen auf diesem Weg sind die Verhaftung des Ölmagnaten Michail Chodorkowski (2003), dessen Stiftung „Open Russia“ drei Jahre später aufgelöst wird; die Orange Revolution im Nachbarland Ukraine 2004 sowie Massenproteste in Moskau und anderen russischen Großstädten 2011/12 gegen massive Fälschungen bei der Parlamentswahl zugunsten der Kreml-Partei „Einiges Russland“.

Das Jahr 2012 haben viele NGOs in besonders bitterer Erinnerung. Am 21. November tritt das Gesetz über „ausländische Agenten“ in Kraft, das ihre Arbeit erheblich erschwert, wenn nicht unmöglich macht. Als „ausländische Agenten“ können fortan Organisationen eingestuft werden, die Gelder aus dem Ausland erhalten und politische Aktionen organisieren und finanzieren, welche das Ziel haben, „auf die Annahme von Entscheidungen staatlicher Organe oder auf die Veränderung der von diesen durchgeführten staatlichen Politik oder auf die Bildung der öffentlichen Meinung einzuwirken.“ Sich beim Justizministerium als „ausländische Agenten“ zu registrieren, ist für die betroffenen Organisationen obligatorisch. Wenn sie dieser Verpflichtung nicht nachkommen, kann das Ministerium seit 2014 in Eigenregie tätig werden. Seit 3. Juni 2015 können ausländische und

internationale NGOs durch die russische Staatsanwaltschaft für unerwünscht erklärt werden. Die Einstufung erfolgt, sofern die Tätigkeit die verfassungsmäßige Ordnung, die nationale Sicherheit oder die Verteidigungsfähigkeit der Russischen Föderation gefährdet.

Die Folgen sind gravierend. Dutzende „unerwünschte Organisationen“ werden verboten und deren russische Einheiten aufgelöst. Alle Tätigkeiten und Projekte werden gestoppt, Konten eingefroren. Banken und Kreditinstitute dürfen keine Zahlungsaufträge der betroffenen NGOs mehr ausführen, alle Zahlungseingänge müssen der Föderalen Behörde für Finanzüberwachung gemeldet werden. Vorgesehen ist zudem, dass Massenmedien nicht mehr über „unerwünschte Organisationen“ informieren dürfen. Diesen selbst wird verboten, Informationen über das Internet zu verbreiten. Gefährdet sind auch alle Dritten, die in die Aktivitäten einer als „unerwünscht“ eingestuften Organisation involviert sind.

Das Ende der Fahnenstange ist jedoch längst nicht erreicht. Zwei Jahre später können auch in Russland tätige Medien als „ausländische Agenten“ gelabelt werden, 2020 wird die Bestimmung auf Privatpersonen ausgeweitet. In einem Beitrag vom 4. Februar 2022 berichtet die Deutsche Welle von 115 Medienorganisationen und einzelnen Personen, die als „ausländische Agenten“ gelistet sind.

Belarus

Eine weit verbreitete Expert*innenmeinung ist, dass Belarus bei der Erlangung seiner Unabhängigkeit 1991 mit einer entwickelten Infrastruktur, gut ausgebildeter Bevölkerung und einem hohen Industrialisierungsgrad ähnlich gute Voraussetzungen für eine erfolgreiche Transition hatte wie die baltischen Staaten.

Ab Anfang der 1990er-Jahre erlebt die Zivilgesellschaft einen regelrechten Boom. Landesweit entstehen Jugend-, Kultur- und Umweltinitiativen. Letztere kümmern sich um das Erbe der Katastrophe des Reaktorunglücks im Atomkraftwerk Tschernobyl (1986), unter dessen Folgen Belarus mit am meisten zu leiden hat. Meinungs- und Versammlungsfreiheit sind mehr oder weniger garantiert.

Ein Gesetz von 1994 über gesellschaftliche Organisationen sieht für deren Gründung kein staatliches Genehmigungsverfahren vor, es gilt ein „Anmeldeprinzip“. 1990 liegt die Zahl offiziell registrierter NGOs bei 24, schon fünf Jahre später sind es fast 1000. Im Jahr darauf besorgt sich Staatspräsident Alexander Lukaschenko (seit 1994 an der Macht) mit einem zweifelhaften Verfassungsreferendum eine Verlängerung seiner Amtszeit um zwei Jahre und einen Freifahrtschein, um den Staat zu einer präsidialen Autokratie umzubauen.

Das bekommen auch die NGOs zu spüren. Per Präsidentenerlass müssen sie sich neu registrieren. Wer das nicht tut, wird strafrechtlich verfolgt. Viele Akteur*innen werden ohnehin gar nicht mehr ins Staatsregister aufgenommen – eine Voraussetzung, um überhaupt legal arbeiten zu können. 1997 wird das Büro der Soros-Stiftung geschlossen. Bis 1999 verliert die Hälfte aller unabhängigen Organisationen ihren legalen Status. Zugleich verstärkt der Staat die Kontrolle externer Finanzströme zur Unterstützung der demokratischen Zivilgesellschaft. Ab 2001 muss für jede ausländische Zuwendung eine staatliche Genehmigung beantragt werden. 2003 werden die Daumenschrauben noch weiter angezogen: Hunderte unabhängige Organisationen werden zur Selbstaflösung gezwungen und Neugründungen unmöglich gemacht.

Mit dem geeigneten Unterdrückungsinstrumentarium ausgestattet und bei allen nachfolgenden manipulierten Präsidentenwahlen im Amt bestätigt, hält Lukaschenko die Zivilgesellschaft auch die nächsten Jahre fest im Klammergriff.

Doch dann kommt das Jahr 2020 und mit ihm die Corona-Pandemie. Die spielt der Präsident herunter und spricht von einer Psychose. Als Gegenmaßnahmen empfiehlt er Feldarbeit, Saunagänge sowie Wodka. Nicht zuletzt diese Ignoranz, verbunden mit einer inkohärenten Informationspolitik des Gesundheitsministeriums und einer sich verschlechternden Wirtschaftslage, tragen zu einer Politisierung der Gesellschaft bei. Diese bricht sich im Sommer mit einer schnell wachsenden Protestbewegung Bahn, an deren Spitze sich mit Maria Kolesnikowa, Veronika Tsepkalo und Swetlana Tichanowskaja drei Frauen setzen. Letztere darf bei der Präsidentenwahl am 9. August antreten. Aus der geht Lukaschenko angeblich mit 80 Prozent als Sieger hervor.

Die Belaruss*innen quittieren diesen offensichtlichen Betrug mit wochenlangen Demonstrationen und anderen Formen des Widerstands. Fast schon legendär werden Treffen von Menschen in den Innenhöfen ihrer Wohnhäuser, die zu kleinen Inseln der gegenseitigen Hilfe, Solidarität und gegenseitigen Selbstvergewisserung werden, Teil einer erwachenden Nation zu sein. Lukaschenko reagiert in gewohnter Manier mit beispiellosen Repressionen. Amnesty International spricht von der „eklatantesten Unterdrückung der Meinungs-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit, die das Land seit seiner Unabhängigkeit erlebt hat“.³ Tausende Protestierende, Oppositionspolitiker*innen und

³ Abgerufen am 31.10.22: www.amnesty.de/informieren/amnesty-report/belarus-2020

Journalist*innen werden zu Opfern von Gewalt und Folter, viele landen im Gefängnis, einige kommen auch zu Tode. Wer kann, verlässt das Land.

Den harten Kurs setzt die Regierung 2021 fort. Im Frühjahr und Sommer geht das Regime mit zwei landesweiten konzertierten Aktionen gegen zivilgesellschaftliche Akteure vor. Es trifft Menschenrechtsaktivist*innen, Journalist*innen, unabhängige Gewerkschaften, aber auch kulturelle, ökologische und soziale Projekte. Am 5. Oktober 2021 erklärt das Oberste Gericht mit der Gruppe „Legal Initiative“ die letzte Menschenrechtsorganisation für liquidiert. Zur Begründung bedient sich das Regime einer mittlerweile gängigen Verschwörungserzählung: Die Proteste seien Teil eines Umsturzplans, deren Drahtzieher*innen aus dem Ausland finanziert würden und deshalb mit Terrorist*innen gleichzusetzen seien.

Heute herrscht, zumindest oberflächlich betrachtet, wieder Friedhofsruhe. „Die Zivilgesellschaft in Belarus ist praktisch zerstört, oder besser gesagt im Gefängnis, wie der diesjährige Friedensnobelpreisträger Ales Bjaljazki“, sagt die belarussische Journalistin Janka Belarus, die ihren richtigen Namen nicht nennen möchte. „Der Journalistenberuf existiert nicht mehr. Wenn du kein Propagandist bist, bist du Extremist. Heute bestimmt die Ukraine die Agenda, deren Kampf viele unterstützen – zu Recht. Ich bedaure jedoch, dass Europa, anders als wir, unseren Kampf vor zwei Jahren nicht so ernst genommen und uns hat sterben lassen. Aber vielleicht ist es an der Zeit, diese Fehler zu korrigieren?“⁴

⁴ Gespräch mit der Autorin, 17.10.2022.

Ukraine

Im Oktober 1990, da ist die Ukraine noch Teil der Sowjetunion, wird auf dem Unabhängigkeitsplatz (Maidan) in Kyjiw erstmals Geschichte geschrieben. Zwei Wochen lang protestieren Studierende gegen die Wahl des Parlaments (Oberster Sowjet), bei der die Kommunisten mit Abstand stärkste Kraft werden. Die „Revolution auf Granit“ führt zum Rücktritt des Ministerratsvorsitzenden Witali Massol. Am 1. Dezember 1991 stimmen 90,3 Prozent der Ukrainer*innen für die Unabhängigkeit ihres Landes. Sieben Tage später unterzeichnen Russland, Belarus und die Ukraine die Belowescher Vereinbarungen. Sie sind das Gründungsdokument für die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS), das die Existenz der Sowjetunion juristisch beendet. Für die Ukraine zeichnet Staatspräsident Leonid Krawtschuk – ein lang gedienter Apparatschik der Kommunistischen Partei, der er erst wenige Monate zuvor den Rücken gekehrt hat. „Die Staatsgründung war kein demokratisches, sondern ein pragmatisches und von Eliten gesteuertes Projekt, von einer politischen Nation konnte damals keine Rede sein. Dennoch war die Staatsgründung ein erster postsowjetischer Moment für die Ukraine – ein Bruch mit der von Moskau dominierten Vergangenheit, der Raum für ein neues politisches Projekt entstehen ließ“, merkt der Politikwissenschaftler André Härtel an.⁵

Diesen Raum besetzen in den 1990er-Jahren auch zahlreiche neu gegründete NGOs. Sie sind vor allem in Demokratiebildung und Sozialfragen aktiv, übernehmen jedoch auch bestimmte staatliche Aufgaben, wie etwa die Versor-

⁵ André Härtel: „Der dritte post-sowjetische Moment der Ukraine“, in: Berliner Republik 2/2014. Abgerufen am 30.10.2022: www.b-republik.de/archiv/der-dritte-post-sowjetische-moment-der-ukraine

gung Bedürftiger. Den zivilgesellschaftlichen Akteur*innen, die damit zunehmend Einfluss auf die politische und gesellschaftliche Entwicklung nehmen, steht in dieser Zeit ein schwacher Staat gegenüber. Der wird immer mehr zur „Beute“ miteinander konkurrierender regionaler Eliten und Clans, zwischen denen Krawtschuks Nachfolger Leonid Kutschma (seit 1994 im Amt) geschickt zu lavieren und zu vermitteln weiß. Das geht jedoch auf Kosten der Bevölkerung. Immer weitere Teile verarmen und reiben sich im Kampf um das tägliche Überleben auf.

2001 erlebt die Ukraine erneut massive Proteste, bei denen der Rücktritt von Präsident Kutschma gefordert wird. Anlass ist das Schicksal des kritischen Journalisten Georgi Gongadse, dessen enthaupteter Leichnam im Herbst 2000 in einem Wald bei Kyjiw gefunden wird. Illegale Tonbandmitschnitte, die an die Öffentlichkeit gelangen, legen den Schluss nahe, dass Kutschma in den Mord direkt involviert ist. Doch der Präsident rettet sich durch seine zweite Amtszeit.

2003 erregt er mit seinem Buch „Die Ukraine ist nicht Russland“ Aufsehen, in dem er die Unterschiede zwischen den beiden Ländern herausarbeitet. Perfektes Anschauungsmaterial für diese These bieten die Ukrainer*innen kurz darauf bei Präsidentenwahlen. Aus der Stichwahl am 21. November 2004 geht angeblich Wiktor Janukowitsch als Sieger hervor. Er stammt aus dem Gebiet Donezk, im Osten der Ukraine, wo er auch die meisten Anhänger*innen hat. Und er genießt die uneingeschränkte Unterstützung von Wladimir Putin, der eigens nach Kyjiw reist und für Janukowitsch in den Wahlkampf eingreift.

Doch die Rechnung geht nicht auf. Wochenlang gehen Zehntausende Ukrainer*innen gegen den Wahlbetrug sowie eine korrupte Machtclique auf die Straße. Viele harren bei eisigen Temperaturen in Zelten auf dem Maidan aus.

Die friedliche Orange Revolution – orange ist die Farbe der Opposition – trägt Früchte: Sie erzwingen eine Wiederholung der zweiten Wahlrunde, die Janukowitsch verliert. Die Orange Revolution habe die demokratische Glaubwürdigkeit der Ukraine bestätigt und sie auf einen abweichenden Weg zu einem zunehmend autoritären Russland geführt, heißt es in einem Beitrag der US-Denkfabrik Atlantic Council vom August 2021: „Die Ereignisse von 2004 sind ein Wendepunkt beim Übergang von zentralisierter staatlicher Zensur zu einem Medienpluralismus. Das hatte einen tiefgreifenden Effekt für die ukrainische Gesellschaft als Ganzes, indem das Selbstverständnis des Landes geprägt und der Nährboden für die Festigung einer lebendigen Zivilgesellschaft geschaffen wurde.“⁶

Mit dem Sieg bei der Präsidentenwahl 2010 feiert Wiktor Janukowitsch sein Comeback. Zwei Jahre später verabschiedet das Parlament ein Gesetz über „bürgerliche Vereinigungen“, an dessen Ausarbeitung auch Expert*innen aus der ukrainischen Zivilgesellschaft beteiligt sind. Juristisch bedeutet das für die Arbeit der NGOs entscheidende Verbesserungen: ein vereinfachtes Registrierungsverfahren; das Recht, in allen Regionen des Landes tätig zu sein sowie die Möglichkeit, nicht gewinnorientierte Aktivitäten durch unternehmerische Tätigkeiten zu finanzieren. Im Gegensatz zu dieser Besserstellung stehen Versuche des Staates, auf zivilgesellschaftliche Akteur*innen Druck auszuüben. Massive Anfeindungen, Einschüchterungsversuche sowie nachrichtendienstliche Untersuchungen sind an der Tagesordnung.

⁶ Peter Dickonson: „How modern Ukraine was made on Maidan“. Abgerufen am 31.10.2022: www.atlanticcouncil.org/blogs/ukrainealert/how-modern-ukraine-was-made-on-maidan/

Die Weigerung von Janukowitsch im November 2013, das jahrelang mit der EU ausgehandelte Assoziierungsabkommen zu unterzeichnen, wird zum Auslöser für die größte Protestbewegung (Euromaidan oder Revolution der Würde), die die Ukraine bis dahin erlebt hat. Erneut ist der Unabhängigkeitsplatz Zentrum des Geschehens, er verwandelt sich in eine kleine Stadt mit eigener Infrastruktur. Blaue EU-Flaggen sind omnipräsent. Um den 20. Februar 2014 eskaliert die Situation in Kyjiw. Innerhalb weniger Tage kommen über 100 Menschen durch Schüsse ums Leben. Der abgesetzte Präsident Janukowitsch flieht nach Russland.

Der Euromaidan macht auch Oleksandra Romantzowa, bis dahin Bank-Mitarbeiterin, zur Aktivistin. Die junge Frau erinnert sich genau, wie am 30. November 2013 Studierende im Kyjiwer St. Michaelskloster auf der Flucht vor prügeln- den Mitgliedern der Spezialeinheit Berkut Schutz suchten. Sie stößt zu der Nichtregierungsorganisation Zentrum für bürgerliche Freiheiten (CCL), die eine Hotline namens Euromaidan SOS eingerichtet hat. Hier können Menschen anrufen, die bei den Protesten zu Schaden gekommen sind und juristischen Beistand benötigen. Oder Personen, die nach ihren Angehörigen suchen. „Wir haben mehr als 300 Menschen mit ihren Verwandten in Verbindung gebracht“, sagt Romantzowa,⁷ die immer noch in Kyjiw als Menschenrechtlerin für das CCL arbeitet. Zweifellos kann der Euromaidan als ein wichtiger Katalysator für die Entwicklung der ukrainischen Zivilgesellschaft betrachtet werden.

Mit Russlands völkerrechtswidriger Annexion der Krim und dem Ausbruch des bewaffneten Konflikts 2014 sieht diese sich bald mit ganz neuen Herausforderungen konfrontiert. Freiwilligenbataillone, deren Mitglieder sich aus den

⁷ Gespräch mit der Autorin am 28.8.2022.

Selbstverteidigungsgruppen des Euromaidan rekrutieren, übernehmen teilweise Aufgaben der ukrainischen Armee. Diese mit medizinischen Gütern und Schutzausrüstung zu versorgen, machen sich neu gegründete NGOs zu ihrem Anliegen. Zudem formieren sich Initiativen, die sich um die Belange von rund 1,5 Millionen Binnenflüchtlingen kümmern.

Auch die ukrainische Journalistin Anastasia Magazowa ist überzeugt, dass der Euromaidan der wichtigste Impuls für die rasante Entwicklung ist, die der dritte Sektor in den vergangenen Jahren in der Ukraine genommen hat. „Dabei hat der Wunsch nach wirklichen Veränderungen die Menschen angetrieben. Und das Potenzial, das sich während der Revolution der Würde manifestierte, hat seinen Ausdruck in der Gründung immer neuer NGOs, verbunden mit einem wachsenden Engagement von Freiwilligen, gefunden“, sagt sie.⁸

Eine Zäsur: Russlands Angriffskrieg

Am 24. Februar 2022 beginnt Russland seine, wie es im Kreml-Sprech heißt, „Spezialoperation“ in der Ukraine. Das erklärte Ziel ist, den angeblich faschistischen Nachbarn zu „entnazifizieren“ und als Staat von der Landkarte zu löschen. Im Herbst 2022 geht die Zahl der Getöteten auf beiden Seiten in die Zehntausende. Viele ukrainische Zivilist*innen werden Opfer grausamer Kriegsverbrechen.

Der Waffengang von Präsident Putin geht einher mit einem gnadenlosen Kampf gegen Andersdenkende in Russland – vor allem, wenn sie sich gegen den Krieg positionieren. Festnahmen, Haft- und Geldstrafen sind an der Tagesordnung. Noch strengere Regeln für die Berichterstattung schränken den Aktionsradius unabhängiger Medien weiter ein, was kritische Journalist*innen in Scharen außer Landes treibt. Der Jour-

⁸ Gespräch mit der Autorin am 13.10.2022.

nalist Denis Kamaljagin, Chefredakteur der Onlinezeitung Pskowskaja Gubernija (Provinz Pskow), der seit Dezember 2020 als ausländischer Agent gelabelt ist und mittlerweile im Exil in Lettland lebt, sagt: „Russland zu verlassen, das war eine Entscheidung gegen meinen Willen. Aber ich war nicht bereit, für sieben Jahre oder länger ins Gefängnis zu gehen.“⁹

Mitte März wird Russland aus dem Europarat ausgeschlossen. Damit verlieren russische Kläger*innen die Möglichkeit, vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg (EGMR) doch noch zu ihrem Recht zu kommen. Am 29. Juni wird das Gesetz über „ausländische Agenten“ abermals deutlich verschärft. Das Parlament nickt Änderungen ab, die Anfang Dezember 2022 in Kraft treten sollen. Danach können künftig alle Organisationen oder Einzelpersonen zu „ausländischen Agenten“ erklärt werden, die unter irgendeiner Form von „ausländischem Einfluss“ stehen. Bereits Mitte Juni ergeht ein Urteil des EGMR zu eben jenem Agenten-Gesetz von 2012. Dieses verstoße gegen die Versammlungsfreiheit und das Recht auf freie Meinungsäußerung. Moskau soll den 73 klagenden NGOs rund eine Million Euro Entschädigung zahlen und Kosten von knapp 119.000 Euro erstatten. Schon vor dem Ausschluss aus dem Europarat hat Moskau die Urteile des EGMR ignoriert beziehungsweise ist Entschädigungszahlungen nicht nachgekommen. Jetzt werden die Betroffenen erst recht keinen einzigen Cent sehen.

An der extrem schwierigen Lage habe auch der Westen seinen Anteil, meint die russische Aktivistin Alexandra Korolewa. Auch ihre Umweltorganisation Ecodefense wird auf der Liste „ausländischer Agenten“ geführt. Korolewa hat seit 2019 politisches Asyl in Deutschland. Ihrer Meinung nach ist der Ukraine-Krieg eine direkte Folge der Repressionen

⁹ Gespräch mit der Autorin am 16.7.2022.

in Russland. „Das heißt: Die Zerstörung der Opposition und die Einschüchterung aller anderen im Land“, sagt Korolewa. „Aber das hat der Westen jahrelang nicht zur Kenntnis nehmen wollen.“¹⁰

Auch in Belarus geht der Terror gegen die eigene Bevölkerung ungebremst weiter. Die Zahl der teils zu drakonischen Haftstrafen verurteilten politischen Gefangenen steigt stetig, was auf der Webseite der Menschenrechtsorganisation Vjasna in Echtzeit zu verfolgen ist (1334 Personen, Stand: 30.10.22).¹¹ Aber auch hier gilt: Totgesagte leben länger. Die Zivilgesellschaft rührt sich wieder – nicht zuletzt aus Angst, in den Ukraine-Krieg hineingezogen zu werden, an dem das Land ohnehin schon indirekt beteiligt ist. Immer wieder machen die sogenannten Eisenbahnpartisanen auf sich aufmerksam: Belaruss*innen, die Sabotageakte gegen die Infrastruktur der Eisenbahn verüben, um russischen Truppen Versorgungswege abzuschneiden. Einigen droht die Todesstrafe, die in Belarus, als letztem Land in Europa, immer noch vollstreckt wird.

Last but not least die Ukraine. In ihrem Kampf um das eigene Überleben, aber auch das ihres Landes, sind die Ukrainer*innen zu einer einzigen großen NGO zusammengewachsen. Oder, wie es in einem Beitrag der Zeitschrift *New Eastern Europe* der Autor*innen Eric Martin und Kateryna Zarembo vom 4. Mai 2022 heißt: „Es sieht so aus, als sei die Zivilgesellschaft mehr als ein soziales Gefüge oder eine Art

¹⁰ Gespräch mit der Autorin am 12.10.2022.

¹¹ Vgl. <https://prisoners.spring96.org/en>

¹² Eric Martin, Kateryna Zarembo: „Did Ukraine’s civil society help turn back the Russians?“. Abgerufen am 30.10.2022: <https://neweasterneurope.eu/2022/05/04/did-ukraines-civil-society-help-turn-back-the-russians/>

Kitt. In Wahrheit ist sie das Fundament des Staates. (...) Die Zivilgesellschaft scheint so wichtig und mächtig zu sein, dass sie sogar im Begriff ist, zum Synonym für die politische Nation der Ukraine zu werden.“¹²

Ausblick

Vor allem in Russland, aber auch in Belarus sind die Handlungsspielräume für zivilgesellschaftliche Akteur*innen seit dem Ausbruch des Ukraine-Krieges noch enger geworden, als sie es ohnehin schon waren. Dennoch gibt es auch hier nach wie vor Mobilisierungspotenzial, das nicht zu unterschätzen ist. Viel wird von der weiteren Entwicklung in diesem Krieg abhängen, wobei ein Machttransfer sowohl in Russland, als auch in Belarus im Bereich des Möglichen liegt. Was das, auch für die Arbeit von NGOs, bedeuten könnte, ist derzeit nicht abzusehen.

In der Ukraine hingegen ist eine massive Stärkung der Zivilgesellschaft zu erkennen, wobei die Akteur*innen vor allem auf die Erfahrungen der Jahre 2004 und 2013/14 zurückgreifen können und das auch tun. Mykhailo Zhernakov, Direktor der DeJuRe-Stiftung zur Förderung der Rechtsstaatlichkeit in der Ukraine, leitet daraus den Schluss ab, es habe noch nie einen besseren Zeitpunkt für eine neue Generation von Aktivist*innen der Zivilgesellschaft gegeben, als nun in Zeiten des Krieges. „Millionen Ukrainer*innen leisten derzeit ihren Beitrag zur Abwehr von Putins Invasion. Dies hat zu einer raschen Entwicklung von Freiwilligennetzwerken geführt. Die können weiterentwickelt werden, um als Teil der zivilgesellschaftlichen Infrastruktur zu dienen, die für die Transformation des Landes notwendig ist“, schreibt er.¹³ Die Menschenrechtlerin Oleksandra Romantzowa sagt es auf ihre Weise: „Wir wollen unser Leben aufbauen und selbst unseren Staat gestalten. Diese Energie haben wir.“¹⁴

¹³ Mykhailo Zhernakov: „Ukraine’s vibrant civil society deserves key role in post-war transformation“. Abgerufen am 30.10.2022: www.atlanticcouncil.org/blogs/ukrainealert/ukraines-vibrant-civil-society-deserves-key-role-in-post-war-transformation/

¹⁴ Gespräch mit der Autorin am 28.8.2022.



***Bereits erschienen
in der Reihe der Bausteine...***



Unser Präventionsansatz

Eine gute und nachhaltige Präventionsarbeit an unseren Schulen stärkt Kinder und Jugendliche, sich für eine demokratische Gesellschaft, für Menschenrechte und ein solidarisches Miteinander einzusetzen. Der Präventionsansatz von *Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage* wendet sich gegen alle Ideologien der Ungleichwertigkeit.



Gender & Islam in Deutschland

Im schulischen Alltag gibt es derzeit große Unsicherheiten im Umgang mit Kindern und Jugendlichen aus muslimischen Familien. Dieser Baustein möchte die Pädagog*innen in ihrer interkulturellen Kompetenz stärken, damit sie auch gegenüber diesen Schüler*innen ihrem Bildungsauftrag im Sinne des Kindeswohls nachkommen können.



Die Rolle der Schulsozialarbeit

Der Baustein „Die Rolle der Schulsozialarbeit in der Menschenrechtserziehung“ zeigt auf, warum Schulsozialarbeit für eine diskriminierungssensible Schule so wichtig ist und benennt Voraussetzungen einer erfolgreichen Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe.



Reden über Rassismus in Deutschland

In dem vierten Baustein debattieren Aktivist*innen und Journalist*innen generationsübergreifend über Rassismus, Antirassismuserbeit in Deutschland, Rassismusbegriffe und Ansätze der Kritischen Weißseinsforschung.



Antisemitismus von Links

Der Soziologe Thomas Haury stellt die widersprüchliche Geschichte des Antisemitismus von links ebenso wie die innerlinke Auseinandersetzung mit diesem dar.



Antisemitismus und Migration

Antisemitismus macht vor den Schulen nicht halt. Besondere Aufmerksamkeit erfährt dabei in letzter Zeit die Frage, ob eine originär muslimische Judenfeindschaft für die Zunahme antisemitischer Einstellungen in Deutschland verantwortlich sei. Diese Debatte greift der Islamwissenschaftler Michael Kiefer auf.



Transnationaler Extremismus

Ultranationalismus, Rechtsextremismus unter migrantischen Gruppen sowie Antisemitismus und Islamismus stellen für Pädagog*innen eine Herausforderung dar – unter anderem, weil diese transnationalen Extremismen nicht nur durch gesellschaftliche Verhältnisse in Deutschland geprägt sind, sondern auch durch Dynamiken in anderen Ländern.



Antimuslimischer Populismus

Antimuslimischer Populismus ist der Treibstoff des Rechtspopulismus in Deutschland und Europa. Der Islam dient dabei als Projektionsfläche für Feindbildkonstruktionen, die bis in die Mitte der Gesellschaft hinein Wirkung entfalten. Sie sind Ausdruck einer neuen Form des Rassismus, in der die tatsächliche oder auch nur zugeschriebene religiöse Zugehörigkeit ethnisiert wird



Identitätspolitik und Schulen

Identitätspolitik spielen auch in der Schule eine wichtige Rolle: Schüler*innen ordnen sich Gemeinschaften zu, spielen mit Identitäten oder erfahren Zuschreibungen aufgrund von angenommenen oder tatsächlichen Gruppenzugehörigkeiten.



Junge Menschen und ihre Rechte in Schulen

Der Politikwissenschaftler Roland Roth plädiert in diesem Baustein dafür, sich an Schulen und vor allem auch im Courage-Netzwerk stärker auf die Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen zu beziehen. Er zeigt auf, wie die Kinderrechte einen anspruchsvollen und zugleich normativen Rahmen bilden können.



Mobbing in Schule und Jugendarbeit

Mobbing ist ein weit verbreitetes Phänomen an Schulen und in der Jugendarbeit – noch verstärkt durch das Internet und die Corona-Zeit. Der Mobbingberater Florian Wallner definiert den Begriff Mobbing, beschreibt Systematiken und wie Gegenmaßnahmen gestaltet werden können. Sannem Kleff ordnet Mobbing als Instrument der Herabwürdigung ein, das seine Wirkung dann entwickelt, wenn bereits Ideologien der Ungleichwertigkeit in der Gruppe virulent sind – und dass diese einbezogen werden müssen, damit Gegenmaßnahmen gelingen können.



Das postkoloniale Klassenzimmer

In vielen deutschen Schulklassen hat die Mehrheit der Schüler*innen mindestens ein eingewandertes Elternteil. Wie verhalten sich die Geschichten dieser Kinder und Jugendlichen zur Geschichte Deutschlands – zu einer Geschichte von imperialer Überheblichkeit und kolonialer Unterdrückung? Der Rassismusforscher Mark Terkessidis fragt, wie man dieser Vielheit im Unterricht gerecht werden kann.

Online bestellen unter www.schule-ohne-rassismus.org

Die Veröffentlichungen stellen keine Meinungsäußerung des BMFSFJ oder des BAFzA dar. Für inhaltliche Aussagen trägt der Autor/die Autorin bzw. tragen die Autoren/Autorinnen die Verantwortung.

Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage (Aktion Courage e.V.) ist in den Jahren 2020 bis 2024 Teil des Kompetenznetzwerks „Demokratiebildung im Jugendalter“. Ihm gehören die Deutsche Kinder- und Jugendstiftung, die Deutsche Gesellschaft für Demokratiepädagogik e.V., die Dialog macht Schule gGmbH und das Netzwerk Demokratie und Courage e.V. an.

Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

Unterstützt durch:

